

### III. Alternative Regionalpolitik

#### 1. Zum politischen Ansatz einer alternativen Strukturpolitik auf dezentraler Ebene

In den westlichen Industrienationen lassen sich in den letzten Jahren vergleichbare Entwicklungstendenzen feststellen: Die wirtschaftliche Krise findet ihren Ausdruck in Entlassungen aufgrund von Rationalisierungen, Konzentrationsprozessen und Betriebsstillegungen; die expandierenden Branchen sind nicht in der Lage, den Schrumpfungsprozeß in großen Teilen der „traditionellen Industrien“ aufzufangen und die zunehmende Erwerbsbevölkerung zu beschäftigen; eine anhaltende Millionenarbeitslosigkeit mit besonderer Zuspitzung in einzelnen Regionen und die „Entindustrialisierung“ ganzer Landstriche kennzeichnen die Lage.

In dieser Rolle werden die strukturellen Schwächen von Gewerkschaften und staatlichen Instanzen ebenso deutlich wie die bestimmende Rolle des Kapitals, insbesondere der multinationalen Konzerne. Die Unternehmer nutzen die hohe Arbeitslosigkeit zur Einschüchterung der Belegschaften und u.a. zur Senkung der Kosten für Löhne und Gehälter, sie sind in ihrem Investitionsverhalten kaum beeinflussbar. Kapital wird zu Rationalisierungszwecken angelegt und zur optimalen Verwertung zwischen den Branchen, Regionen und Nationen verschoben bzw. in Finanzanlagen ohne Arbeitsplatzeffekte untergebracht. Die sozialen Folgen dieses Verhaltens werden auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt und zur Erpressung von Regierungen genutzt, die oft zu Subventionen oder Wohlverhalten mit dem Hinweis auf die Erhaltung bzw. Gefährdung von Arbeitsplätzen genötigt werden.

##### 1.1 Unzureichende politische Antworten auf die Krise

Der Kern der konservativen und liberalen Antwort auf die Krise besteht darin, die relativ engen staatlichen Finanzen durch eine radikale

Sparpolitik zu konsolidieren und die Arbeitnehmer und sozial Schwachen dabei so stark zu belasten, daß insgesamt auch noch eine Umverteilung zugunsten der Gewinne des Kapitals erreicht wird. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends wird zur Aufgabe der Unternehmer erklärt und darauf vertraut, daß die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ die Probleme lösen werden. Die in der Bundesrepublik vorliegenden Prognosen einer weiteren Verdoppelung der Arbeitslosigkeit bis 1990 auf über 4 Millionen und die historischen Erfahrungen z.B. aus der Endphase der Weimarer Republik verdeutlichen demgegenüber die krisenverschärfende Funktion der rigorosen staatlichen Sparpolitik und die Untauglichkeit der konservativ-liberalen Konzepte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu spät einschneidende Konsequenzen gezogen: das passive Tolerieren der Brüning'schen Sparpolitik nach dem Motto, man müsse dem System geben, was es brauche (Hilferding), wurde erst 1932 durch die nicht mehr durchsetzbare Forderung nach der Sozialisierung großer Teile der Wirtschaft abgelöst. Heute dominiert in der SPD das auch von einzelnen Konservativen vertretene industriepolitische Konzept der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ im Rahmen einer „sozialen Marktwirtschaft“. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Staat in erster Linie optimale Rahmenbedingungen für die ökonomisch verantwortlichen Privatunternehmen zu gewährleisten und zusätzliche „Nachhilfe“ zur härteren Rationalisierung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt u.a. durch die besondere Förderung neuer Technologien und der Wachstumsindustrien zu organisieren hat. Analysen der sozialdemokratischen Regierungspraxis in unterschiedlichen westlichen Industrienationen kommen immer wieder zu dem Ergebnis, daß es in wesentlichen Fragen trotz zum Teil anderslautender programmatischer Beschlüsse zu einer engen Kooperation zwischen einer von den Arbeitnehmern gewählten Regierung und privatem Kapital auch auf Kosten der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften gekommen und hierin eine Ursache für Enttäuschungen bei Wählern und die spätere Machtübernahme durch die Konservativen zu suchen ist. Die betriebliche Umsetzung der oft durch Subventionen geförderten und sogar vom Staat durch Auflagen verlangten „Modernisierung der Volkswirtschaft“ ist für die Arbeit-

nehmer meist mit Entlassungen und Dequalifikationsprozessen verbunden, und hinter dem Etikett der „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ verbirgt sich häufig eine Senkung der Realeinkommen. Die Förderung von Rationalisierungen und Wachstumsbranchen läßt die Frage nach der Zukunft des Millionenheeres der Opfer dieser Politik außer acht und verzichtet auf die Eröffnung sozial sinnvoller Eingriffsmöglichkeiten in die Entscheidungen des privaten Kapitals, dessen Macht weiter gestärkt und u.a. zur systematischen Schwächung der Gewerkschaften eingesetzt wird. Außerdem werden berechtigte ökologische und entwicklungspolitische Bedenken gegen weitere Wachstums- und Exportoffensiven auf Kosten der Natur und der nicht-entwickelten Länder ignoriert.

## 1.2 Umriss einer Alternative

Eine entschiedene wirtschaftspolitische Gegenposition mit dem Ziel einer konsequenten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig vor allem von den Gewerkschaften formuliert. Eckpfeiler z.B. der Überlegungen der IG Metall (zuletzt beschlossen auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag 1983) sind einschneidende Arbeitszeitverkürzungen und der gezielte Einsatz aller staatlichen Möglichkeiten, vor allem durch umfangreiche öffentliche Beschäftigungsprogramme, zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Darüber hinaus wird auch ein Ausbau der Mitbestimmung und der gesellschaftlichen Rahmenplanung verlangt, sowie über den Ausbau des öffentlichen Unternehmenssektors durch die Sozialisierung von Schlüsselindustrien und Banken diskutiert. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sollen außerdem u.a. der Abbau der Arbeitsbelastungen (z.B. durch Leistungsbegrenzungen und mehr Pausen) und der Erhalt oder die Erweiterung von Qualifikationen (durch veränderte Technologien und Arbeitsorganisation) beitragen. Die Diskussion über den Aufbau gewerkschaftlicher Frühwarnsysteme und insbesondere die von der IG Metall entwickelte Methode der gezielten Befragung von Betriebsräten vieler Unternehmen sind eine Basis für die Entwicklung von industriepolitischen Konzepten zur Sicherung der Arbeitsplätze in einzelnen Branchen bzw. Regionen. Zur Finanzierung einer Beschäfti-

gungspolitik sollen das Kapital und die Reichen, aber auch der Rüstungsetat herangezogen werden — viele betriebliche Initiativen arbeiten an Konzepten zur Arbeitsplatzsicherung und besseren sozialen Versorgung durch einen Umbau der Rüstungsausgaben zugunsten sozial nützlicher Produkte. Die gewerkschaftlichen Arbeitskreise für eine Alternative Produktion sind in Kooperation mit anderen Initiativen dazu übergegangen, Vorschläge für einzelne Produkte und Technologien in alternative — zunächst lokal bzw. regional ansetzende — Versorgungskonzepte z.B. für den Energiesektor oder den Nahverkehrsbereich einzubringen und damit zugleich einen Beitrag zur dezentralen Konkretisierung von erforderlichen Beschäftigungsprogrammen zu leisten.

Der Kampf von Arbeitnehmern für ein Recht auf die Herstellung sozial nützlicher Güter im Rahmen der vorhandenen Unternehmen oder durch die Übernahme stillgelegter Betriebe ist oft die einzig erfolgversprechende Alternative zu einer längeren Arbeitslosigkeit und damit gesamtgesellschaftlich auch dann vernünftig, wenn solche Projekte betriebswirtschaftlich nicht unbedingt rentabel erscheinen. Es werden Kosten für Arbeitslosengeld und z.B. das Gesundheitssystem eingespart und nützliche Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet. Das zentrale Problem der Alternativen Produktion ist aber trotzdem das des Absatzes der angebotenen Produkte. Die Realisierung einer neuen und anderen Produktion scheint nur dann möglich und mit erheblichen Arbeitplatzeffekten verbunden, wenn es öffentliche Unterstützungsmaßnahmen (auch durch die Erteilung von Aufträgen) gibt, die in der Regel einen Wandel der herrschenden politischen Konzepte voraussetzen. Solange ein solcher Wandel zentral gegen das Bündnis von Kapital und konservativ-liberalen politischen Kräften nicht durchsetzbar ist, müssen auf der lokalen oder regionalen Ebene Konzepte entwickelt und soweit wie möglich umgesetzt werden. Es ist wichtig, funktionsfähige Modelle zu entwickeln, die eine Konkretisierung von Alternativkonzepten darstellen und die sowohl eine bewußtseinsbildende wie mobilisierende Wirkung haben. Die fehlende Vorstellung praktischer Alternativen ist ein Kernproblem für viele Arbeitnehmer, die in der Krise zu konservativen Konzepten neigen und hoffen, persönlich möglichst nicht zu den Betroffenen zu gehören.

### 1.3 Kommunale und regionale Ansatzpunkte

In der Diskussion über eine alternative, dezentral ansetzende Strukturpolitik wird von vornherein davon ausgegangen, daß die Möglichkeiten begrenzt, die Schaffung sozialistischer Inseln in einzelnen Gemeinden oder Bundesländern nicht realisierbar und eine grundlegende Veränderung auf nationaler und internationaler Ebene nötig ist. Allerdings geht es darum, dezentrale Handlungschancen zu nutzen, Gegengewichte zu bilden und modellhaft eine konsequente Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verfolgen. Im Mittelpunkt muß dabei eine Orientierung auf den Bedarf stehen, die die Schranken einer Politik der ausschließlichen Orientierung auf die Exportfähigkeit und die Selbstheilungskräfte des Marktes zu überwinden in der Lage ist. Es muß darum gehen, die vorhandenen öffentlichen Ressourcen ebenso systematisch und gezielt einzusetzen wie die oft vorhandene ökonomische Macht, die die Gemeinden und Länder als große Arbeitgeber und Nachfrager haben. Das bedeutet die Überwindung der Selbstbeschränkung der Wirtschaftspolitik auf das Bereitstellen von Infrastruktur für das private Kapital und die Realisierung einer offensiven Industriepolitik, in der staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und eigene Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen. Die dazu erforderlichen Instrumente können Eigengesellschaften der öffentlichen Hand sein, die nicht im Stile von Handelsbanken und klassischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Anfragen der Privatunternehmen warten oder diese zu „ködern“ versuchen, sondern sich mit den zukunftsweisenden Initiativen der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen verbinden und alternative regionale Entwicklungsperspektiven zur arbeitsplatzschaffenden besseren Versorgung der Bevölkerung eröffnen.

Die Eigengesellschaften können öffentliche Gelder wie Subventionen gezielt einsetzen und mit bestimmten, dann auch zu kontrollierenden Auflagen verbinden, Strukturanalysen und Entwicklungsprogramme erarbeiten, an der Sanierung und Umstrukturierung von Betrieben bei gleichzeitiger Ausweitung der öffentlichen Unternehmensanteile mitwirken, Belegschafts-Kooperativen besonders fördern und beraten und auch eigene Unternehmen zur Herstellung bestimmter Güter (z.B. für die regionalen Wirtschaftsbetriebe) gründen sowie neue Betriebe besonders unterstützen. Außerdem müßten die öffentli-

chen Investitionshaushalte und die Investitionsplanungen der öffentlichen Unternehmen systematisch auf Verbindungslinien zwischen dem regionalen Bedarf und den regionalen Produktionsmöglichkeiten hin untersucht und koordiniert zur Arbeitsplatzsicherung gerade in krisenbetroffenen Betrieben eingesetzt werden.

Die Entwicklung und Durchsetzung einer solchen alternativen regionalen Strukturpolitik erfordert die bewußte Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung und die Mobilisierung aktiver Gruppen in den Betrieben und Wohnvierteln und setzt voraus, daß die finanzielle Ausplünderung der Länder und Gemeinden zugunsten des Zentralstaates unterbleibt bzw. wieder rückgängig gemacht wird.

In der Bundesrepublik beginnen die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall die Diskussion über die Konkretisierung von Beschäftigungsprogrammen auf der regionalen Ebene; so wird z.B. für die Küstenregion eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaftspolitik gefordert.

## 2. Das Beispiel London: Mobilisierende Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

### 2.1 Der politische Ansatz

Groß-London mit ca. 11 Millionen Einwohnern hatte Anfang 1984 ca. 375.000 Arbeitslose; in einzelnen Arbeiterbezirken waren bis zu 30 Prozent der Arbeitswilligen ohne Beschäftigung. Die von konsequenten Sozialisten der Labour-Party getragene Regierung der Stadt London versucht eine Reihe von Konzepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu realisieren, die zugleich zur fühlbaren Verbesserung der Lebensqualität beitragen sollen. Die Aktivierung der Bevölkerung und die Erhöhung der Kontroll- und Entscheidungsmöglichkeiten der „Basis“ sind ein Kernelement des strategischen Ansatzes. Die Regierung organisiert gezielt die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen zur Beeinflussung der Entwicklungsrichtung in der Produktion und in der Kommune u.a. durch den Aufbau von Berater-

Gruppen und den Einsatz der Erwachsenenbildung, aber auch durch Auflagen an die Unternehmen und die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen. Die Entwicklung eines „Frühwarn-Systems“ soll sicherstellen, daß gezielte wirtschaftspolitische Eingriffe der Regierung auf der Basis von systematisch gesammelten Informationen und Trendanalysen erfolgen können. Die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Beeinflussung und Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse hat zur Einrichtung einer flexiblen, öffentlich kontrollierten Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung geführt.

Die Beteiligung und Übernahme von Unternehmen gehört ebenso zu den Aufgaben dieser Gesellschaft wie z.B. die Beratung bei Sanierungs- und Umstellungsmaßnahmen und die Festlegung von Auflagen an unterstützte Betriebe. Bisher ist es gelungen, in 158 Firmen zu intervenieren und insgesamt 2.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wobei die Kosten mit 28.000 DM pro Arbeitsplatz weit unter den bei der klassischen Wirtschaftsförderung üblichen Werten liegen.

Darüber hinaus soll die auf schmaler Basis erprobte Kooperation von betrieblichen Arbeitskreisen zur alternativen Produktion (z.B. bei Lucas Aerospace) und den Hochschulen, vermittelt über das Londoner Institut für Alternative Produktion (CAITS), nun auf eine gesellschaftliche Grundlage gestellt werden. Sogenannte Technologie-Netzwerke sollen Betrieben und Beschäftigten die Nutzung des Know-how der Hochschulen und Universitäten ermöglichen, wobei dezentrale Kooperationsstellen eingerichtet werden. Der kontrollierte Einsatz neuer Technologien soll an die vorhandenen Qualifikationen der Beschäftigten anknüpfen und sie weiterentwickeln anstatt sie zu zerstören (z.B. durch alternative Werkzeugmaschinen) und nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen. Die neuen Technologien sollen sich auf den sozialen Bedarf der Bevölkerung beziehen und zur Herstellung sozial nützlicher Produkte (alternative Produktion) beitragen.

Das „Energie-Netzwerk“ hat einen zentralen Stellenwert für die lokale Energiepolitik. Es geht darum, die vorhandenen alternativen Energietechnologien weiterzuentwickeln und Einsatzkonzepte zu erarbeiten, die erste Schritte zur Realisierung einer alternativen Energiepolitik für London darstellen. Auch hierbei geht es um die Verbindung von alternativer Produktion und verbesserten Lebensbedingungen, die sich z.B. in einer ausreichenden Wärmeversorgung der Bevölkerung zu

deutlich verringerten Preisen ausdrückt. Allerdings wird immer wieder die unauflösbare Verbindung zur Politik der Zentralregierung deutlich: der Stopp der Pläne zum Ausbau der Atomenergie ist eine wesentliche Bedingung für die Durchsetzbarkeit einer kostengünstigen dezentralen Kraft-Wärme-Versorgung.

Die alternative Strategie der Londoner Bezirksregierung umfaßt darüber hinaus z.B. die Unterstützung von lokalen Kampagnen und Konferenzen zur Rüstungskonversion und den Einsatz von Beratern, die gemeinsam mit Gewerkschaftern und einem universitären Forschungsprojekt an den Plänen zur Umstellung auf sozial nützliche Produkte arbeiten.

Die Londoner Bezirksregierung hat sich auch kritisch gegen die von der Zentralregierung geplante Verkabelung Londons ausgesprochen und versucht, Bedingungen für den sinnvollen Einsatz der neuen Technologie zu definieren. Der Einsatz von Glasfaserkabeln, die Möglichkeit des Dialogs zwischen den Nutzern, die Einflußnahme der Regionalregierungen auf die Programmgestaltung sowie die Information über lokale Probleme und öffentliche Dienstleistungen sind erste Ansatzpunkte zur Verhinderung einer rein kommerziellen Nutzung der neuen Technologie mit allen negativen Konsequenzen für die Menschen.

## 2.2 Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung

Der Ansatz der sozialistischen Politik in London geht davon aus, daß die Durchsetzung grundlegender Veränderungen der herrschenden Verhältnisse nur dann möglich ist, wenn die Lohnabhängigen und die Bevölkerung ihre eigenen Interessen aktiv vertreten. Die Stärkung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen sowie von Kampagnen ist deshalb ein zentraler Punkt in der Politik der Bezirksregierung. Durch qualifizierte (strategische) Beratung und bescheidene finanzielle Förderungen wird versucht, die kontinuierliche Arbeit von Initiativen zu unterstützen und voranzutreiben und insbesondere den Schritt vom Protest zur Formulierung positiver, eigener Alternativen anzuregen. Das Projekt für eine „Planung durch die Betroffenen“ (Popular Planning Project)



setzt hier an. Außerdem wird die Demokratisierung in den Betrieben durch die Beratung und Betreuung von Belegschaftsinitiativen und die Knüpfung von öffentlichen Hilfen an bestimmte Beteiligungsrechte der Beschäftigten vorangetrieben.

Darüber hinaus ist die besondere Förderung von Belegschafts-Kooperativen und ihre Vernetzung ein Ziel mit besonderer Priorität, weil trotz aller Probleme die Herausbildung eines selbstbestimmten Bereichs für wichtig gehalten wird. Es geht insgesamt um eine stärkere Beteiligung der Menschen an den für ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zentralen politischen Entscheidungen.

### *2.2.1 Planung durch die Betroffenen*

Die Grundüberlegung ist, den herrschenden Planungen — deren Opfer die Bevölkerung in der Regel ist — eine Beschäftigten- bzw. Betroffenenplanung gegenüberzustellen und damit auch die Macht der Spitzenmanager in Unternehmen und Bürokratien anzugreifen. Die Planung durch die einfachen Leute soll deren Zukunftsvisionen konkretisieren helfen und dazu beitragen, den Kampf für die Durchsetzung einer menschlichen Zukunft zu intensivieren. Es geht nicht um die Anregung von Wunschbriefen an den Bürgermeister, sondern um die Initiierung kollektiver Diskussionen, deren praktische Resultate von der sich entwickelnden Organisation und den vorhandenen Ressourcen abhängig sind. Es reicht nicht aus, nur auf herrschende Entscheidungen und Entwicklungen zu reagieren, sondern es müssen positive Pläne für die Zukunft entworfen und u.a. durch die Zusammenarbeit von Gewerkschafts- und Bürgerinitiativbewegung durchgesetzt werden.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß nur die Initiative und Unterstützung der Bevölkerung und die Mobilisierung ihrer Fähigkeiten und Ideen zum Erfolg führen kann, ist ein „Projekt für Betroffenen-Planung“ (Popular Planning Project) eingerichtet worden. Das Projekt will die Bildungsabteilungen der Gewerkschaften, die Arbeiterbildungs-Vereinigung und die Institutionen der Erwachsenenbildung einbeziehen und erreichen, daß lokale Gruppen den lokalen Beschäftigungsbedarf ermitteln: „Das Ziel ist, den Menschen in dieser Region mehr Einfluß auf ihr eigenes Leben zu geben“. Betriebliche und lokale Initiativen zur Förderung der Beschäftigung sollen unter-

stützt werden — durch materielle Ressourcen, aber vor allem durch Berater und Tutoren mit Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. „Jede Gruppe kann etwas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen beitragen, die die Menschen in der Region brauchen — das reicht von Gruppen von Jugendlichen bis zu Pensionären, von Gewerkschaftern bis zu Kirchen, von Schülern und Studenten bis hin zu Gruppen aus der Erwachsenenbildung. Unser Job ist, Möglichkeiten zum Studium und für die Forschung bereitzustellen, um Zukunftsvorstellungen mit dem dringenden Bedarf zu verknüpfen und in praktische Pläne umzusetzen, sowie ein Bildungsprogramm zu entwickeln, das den Menschen diese Probleme, die vorhandenen Lösungsvorschläge und die Schritte zur Umwandlung von Vorschlägen in die Realität bewußt macht“.

Zu den Aktivitäten der Erwachsenenbildungseinrichtungen, zur Aufklärung, Mobilisierung und Unterstützung von Initiativen gehört z.B.

- die Bereitstellung von Kursen und Tagesveranstaltungen zur Vermittlung von Fähigkeiten zur Bekämpfung von Entlassungen, Aufstellung von Belegschaftsplänen, Gründung und Fortführung einer Kooperative, Analyse der wirklichen finanziellen Lage der Arbeitgeber etc.
- die Unterstützung einer Gruppe von Frauen, die nach der Schließung einer Jeans-Fabrik eine Kooperative gegründet hat und nun Kinderbekleidung für den lokalen Bedarf produziert und verkauft.
- die Hilfe bei der Ausarbeitung von Plänen, wirtschaftlichen und sozialen Argumenten und der Suche nach finanziellen Mitteln.
- die Bereitstellung von Kursen für das Selbst-Management von Kooperativen (Buchhaltung, Marketing und Produktion).

Außerdem könnten Selbstlerngruppen Projekte z.B. zu den Folgen neuer Technologien und den Arbeitsmöglichkeiten der Menschen in der Kommune bearbeiten.

In einzelnen Stadtteilen werden Veranstaltungsreihen zu interessanten Themen (welche Chancen bieten neue Technologien? Möglichkeiten und Probleme von Belegschaftsplänen usw.) angeboten, und die Bürger nach ihren Fähigkeiten befragt und dann gezielt eingeladen.

### *2.2.2 Förderung von Belegschafts-Kooperativen*

Belegschafts-Kooperativen und Produzenten-Genossenschaften haben in Großbritannien eine lange Tradition. Einige Probleme sind allerdings nicht zu übersehen:

- Die Kooperativen können sich in der Regel nicht aus dem kapitalistischen Markt herauslösen. Sie sind auf den Absatz ihrer Produkte und damit auf eine kostengünstige Produktion angewiesen.
- Die Kooperativen müssen häufig einen hohen Teil des Ertrags ihrer Arbeit in Form von Zinszahlungen an das Geldkapital abführen.
- Die Ausfüllung der durch das Kapital vernachlässigten Produktion durch Kooperativen kann eine Aufsplitterung der Beschäftigten zur Folge haben, wobei ein gewerkschaftlich nicht organisierbarer „zweiter Arbeitsmarkt“ mit stark unterdurchschnittlichen Arbeitsbedingungen und Löhnen entstehen kann.
- Der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital wird begrenzt und in den Kooperativen möglicherweise eine massive Selbstausbeutung der „Teilbesitzer“ organisiert, zumal die Kapitalausstattung häufig ein Problem ist.

Trotz aller Gefahren unterstützt der Rat der Stadt London aber Belegschafts-Kooperativen in besonderem Maße, weil sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und den Beschäftigten die Kontrolle über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen geben. Darin ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft zu sehen. Es wird der Beweis erbracht, daß zur Organisation der Produktion keine Privatkapitalisten erforderlich sind.

In London wurde eine Beratungsgruppe für Kooperativen gegründet, die mit fünf Mitarbeitern ausgestattet ist und 1983 4 Millionen DM in 36 Projekte investiert hat, die insgesamt 400 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Prinzipiell unterstützt werden soll sowohl die Neugründung von Kooperativen (die Umwandlung von Privatunternehmen und die Initiative von bisher arbeitslosen Menschen) als auch die Expansion der bestehenden Produzenten-Genossenschaften. Skepsis ist allerdings gegenüber einer bloßen Weiterführung bankrotter Unternehmen vorhanden, weil hier erhebliche Zahlungsverpflichtungen entstehen können; Beteiligungen oder Übernahmen werden in solchen Fällen nur dann unterstützt, wenn einschneidende Umstellungen möglich sind und sich sowohl die Stadt als auch die Gewerkschaften daran beteiligen.

Einzelne Kooperativen können mit jährlich bis zu DM 100.000 unterstützt werden. Außerdem sollen zinsgünstige Kredite, Ausbildungsprogramme und eine intensive Beratung (Technologien, Betriebsführung) organisiert werden. Eine wesentliche materielle Förderungsmöglichkeit wird in der gezielten Einkaufspolitik der öffentlichen Hand gesehen, die sowohl neue Produkte bei Kooperativen bestellen als auch eine Umleitung der bisher an Privatfirmen vergebenen Aufträge vornehmen kann.

Besonderer Wert wird auf die Vernetzung der unterschiedlichen Kooperativen gelegt, die auch zu einer gemeinsamen Einkaufs- und Verkaufspolitik führen kann. Zur Förderung der direkten Kommunikation untereinander wurde 1984 eine Messe der Kooperativen veranstaltet. Angestrebt wird die Verankerung der in Kooperativen Tätigen in der Gewerkschaftsbewegung, um einer Spaltung der abhängig Beschäftigten vorzubeugen.

### 2.3 Das Frühwarnsystem

Die Überlegung, daß eine wirkungsvolle Bekämpfung von Stilllegungs- und Entlassungsplänen der Unternehmen nur dann möglich ist, wenn rechtzeitig mit der Mobilisierung von Belegschaften und Öffentlichkeit begonnen und an Alternativ-Plänen gearbeitet wird, hat zum Aufbau eines Frühwarn-Systems geführt. Alle Informationen über die Entwicklung einzelner Unternehmen und Branchen sollen zusammengefaßt und insbesondere die von den Beschäftigten wahrnehmbaren Warnsignale berücksichtigt werden. Die Unterstützung der Entwicklung eines gewerkschaftlichen Frühwarnsystems geht davon aus, daß die Vielzahl der aktiven Mitglieder und die Organisation in der Lage sind, scheinbar unwichtige betriebliche Teilinformationen zusammenzufügen und dadurch frühzeitige Hinweise auf bevorstehende Veränderungen zu bekommen.

Der Aufbau eines computerisierten Firmen-Überwachungsnetzes und von gewerkschaftlichen Informationszentren soll Daten und Trends zusammenfassen, die ihre Quelle u.a. bei Beschäftigten und Belegschaftsvertretern, Forschungsabteilungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand, Bibliotheken, Finanz- und Wirtschafts-

zeitschriften sowie Geschäftsberichten haben. Beim frühzeitigen Erkennen von negativen Entwicklungen sollen die Unterstützungsmöglichkeiten des Rats der Stadt London und seiner wirtschaftspolitischen Instrumente aktiviert werden, die zur Erarbeitung und Durchsetzung von Alternativplänen beitragen und den Kampf der Gewerkschaftsinitiativen unterstützen sollen. Unternehmenshilfen werden an Auflagen, Unternehmenspläne und die Beteiligung der Belegschaften gebunden.

## 2.4 Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung

Als flexibles wirtschaftspolitisches Instrument der Londoner Regierung wurde eine besondere Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung gegründet, die mit ca. 70 Mitarbeitern und zur Zeit mit ca. 150 Millionen DM jährlich ausgestattet ist. Sie wurde als besondere Einrichtung außerhalb der Bürokratie gegründet, weil die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Neuansatzes an die Grenzen der eingefahrenen Verwaltungsstrukturen stieß. Der Gesellschaft geht es nicht um die Umverteilung öffentlicher Gelder in unkontrollierbare Unternehmerhände, sondern um die Durchsetzung industriepolitischer Maßnahmen mit dem Ziel der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Ausweitung der demokratischen Kontrolle über die Produktion. Von daher gehört die Übernahme von Unternehmen oder von Unternehmensanteilen sowie die Sanierung und Umstellung von Firmen zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, die ihre Arbeit nicht — wie es in der Bundesrepublik häufig zu beobachten ist — auf die Förderung von Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten der Privatunternehmer beschränkt. Die neue Gesellschaft ist insofern weder ein Instrument der „staatlichen Planwirtschaft“ noch ein „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“, als sie versucht, die betroffenen Belegschaften zum Anknüpfungspunkt ihrer Aktivitäten zu machen und diese möglichst weitgehend an den Unternehmen zu beteiligen (größere Anteile oder voll im Besitz der Belegschaften) und somit einen zentralen Beitrag zu „einer Demokratisierung von unten“ zu leisten. Häufig soll schon das bloße Interesse der öffentlich gesteuerten Gesellschaft an Unternehmensübernahmen zu einer Änderung der Konzernpolitik beigetragen haben.

Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (GLEB) soll „ungenutzte Ressourcen mit dem speziellen Ziel mobilisieren, neue Produkte und Dienstleistungen herauszufinden, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen und die Kontrolle der Menschen über ihr Arbeitsleben erhöhen“. Der GLEB stellt unter bestimmten Bedingungen Investitionen, materielle Ressourcen, Beratungsdienste und Know-how zur Verfügung, wobei benachteiligte Regionen, die Beschäftigung von Frauen und ethnischen Minderheiten, der sinnvolle Einsatz neuer Technologien und Belegschaftskooperativen besonders unterstützt werden. Für bedrohte oder neu gegründete Unternehmen sollen Investitionspakete unter Einschluß von Grundstücken, Bauten, Geldern sowie technologische und ökonomische Beratung z.B. auf den Gebieten Marketing, Export, Einkauf, Forschung und Entwicklung sowie Finanzen und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Investitionsmittel können in Form von Darlehen, Unterstützungszahlungen, Bürgschaften und auch in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Die Übernahme von Konkursbetrieben ist ebenfalls vorgesehen.

Zwei besonders wichtige Förderungskriterien sind

- „das Ausmaß, in dem das Projekt neue Formen des sozialen Eigentums enthält, die dazu entwickelt werden, den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihre Produktion und den Wirtschaftskreislauf zu geben (z.B. durch kommunale Unternehmen und Arbeiterkooperativen)“ und
- ein gemeinsam mit der Belegschaft entwickelter Unternehmensplan. „Der Plan enthält den strategischen Rahmen für die Zukunft des Unternehmens. Zusätzlich zu der üblichen Geschäftsplanung muß der Plan enthalten: Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitsplätze“ sowie Angaben zur „Produkt- und Marktstrategie, zu Zukunftsinvestitionen und zum technologischen Wandel, zur Standortwahl und zur Preispolitik, zum Beschäftigungsniveau und den Beschäftigungsbedingungen, zum Qualifikationsprofil und der Ausbildungspolitik sowie zur Politik der Chancengleichheit“.

Ein Antrag auf Unterstützung (für deren Formulierung auch Hilfen zur Verfügung gestellt werden) sollte enthalten: „Eine Beschreibung des Produkts, der Produktionsmethode, wie und wo es verkauft werden soll, der Marktsituation, der Konkurrenzbedingungen, der Or-

ganisationsstruktur sowie die Geschäftsberichte der letzten drei Jahre und eine Finanzerklärung, die die Gewinn- und Verlustrechnungen, die Bilanz und den cash flow umfaßt“.

Zur Aufgabe des GLEB gehört auch der Aufbau von „Technologie-Netzwerken“ in London.

## 2.5 Die Technologie-Netzwerke

In London werden in fünf Regionen Technologie-Netzwerke um die Technischen Hochschulen aufgebaut. In separaten Gebäuden (damit jedermann angesprochen werden kann und kommt) sollen Vermittlungsinstitutionen entstehen, die Bedürfnisse und Interessen aus der Bevölkerung aufgreifen und in einen gemeinsamen Bearbeitungsprozeß mit Wissenschaftlern bringen — als Vorbild werden die holländischen Wissenschaftsläden erwähnt. Diese Kooperationsstellen sollen im einzelnen enthalten:

- eine Abteilung zur Unterstützung von Unternehmen, die z.B. für Kooperativen Beratungskapazität auf den Gebieten Technik, Produktion, Planung und Marketing bereitstellt.
- eine kleine Kooperations-Abteilung, die Menschen aus der Region bei der Nutzung von Hochschul- und Universitätskapazitäten für ihren Forschungs- und Entwicklungsbedarf unterstützt.
- eine „Produkt-Bank“ nach dem Vorbild einer irischen „Innovations-Bank“, die Produktvorschläge aus dem Hochschulbereich, von Ingenieuren und Arbeitern aus Betrieben und Kommunen und von außerhalb sammelt und so patentiert, daß sie von den arbeitenden Menschen genutzt werden können.
- eine „Maschinen-Bank“ mit gebrauchten Maschinen, die für Ausbildungsprogramme und von Kooperativen und anderen Gruppen genutzt werden können.

Die „Technologie-Netzwerke“ sollen Wissenschaftler- und Beschäftigtengruppen, aber auch Repräsentanten der Kommune und andere Freiwilligen-Gruppen einbeziehen, die ein Interesse an der Entwicklung einer sozial nützlichen Technologie haben.

Die Londoner Technologie-Netzwerke werden in einer Zeit aufgebaut, in der die Unternehmerförderung auch durch konservative Re-

gierungen über die Vermittlung von günstigen Gewerbeflächen und die Gewährung von Subventionen und Steuervergünstigungen bis hin zur Bereitstellung von ausgestatteten Gebäuden und von Wissenschaftstransfer reicht. Technologieparks und Gründerzentren sollen dazu beitragen, daß möglichst jede Gemeinde ihr eigenes „Silicon Valley“ hat. Abgesehen von den begrenzten Erfolgsaussichten und den hohen Kosten einer solchen Politik trägt sie zur unkontrollierten Umverteilung von öffentlichen Mitteln in Unternehmerhände bei. In London besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Technologie-Netzwerke zu einem Instrument der Kapitalförderung werden. Aber im Unterschied zu Technologie-Parks und Gründerzentren müssen sich Privatunternehmer, die die Hilfe der Netzwerke und der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung in Anspruch nehmen, auf eine wirkliche Beteiligung der Beschäftigten einlassen und die erhaltenen Subventionen langfristig zurückzahlen; zum Teil sind auch Abgaben für die Nutzung von Patenten zu zahlen, die sich die öffentliche Hand gesichert hat. Außerdem gibt es eine besondere Priorität zugunsten der Förderung von Kooperativen, so daß auch in aufstrebenden neuen Betrieben demokratische Verhältnisse und gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten gesichert sind.

#### *Das Energie-Netzwerk*

Das Energie-Netzwerk ist seit 1983 besonders zügig aufgebaut worden. Die Aufgabenschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Beratung zur Energieeinsparung, der Entwicklung neuer Produkte, der Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten, der Unterstützung von Belegschafts-Kooperativen auf dem „Energemarkt“ und der Durchführung von Ausbildungsprogrammen.

Es gibt zwei Standorte in der Nähe von Hochschulen, bei deren Gründung die schon vorhandenen Gruppen des „Londoner Energiezentrums“ und der „Entwicklungsgruppe für mittlere und angepaßte Technologien“ sowie das Energieeinspar- und Solarzentrum eine zentrale Rolle gespielt haben. Mieterinitiativen werden in ihrem Kampf für eine bessere Versorgung mit Heizwärme und geringere Energiekosten unterstützt.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Netzwerkes steht aufgrund der schon vorhandenen Technologien die Förderung der Umsetzung von Energiespar-Konzepten, deren Realisierung oft an den finanziellen



Rahmenbedingungen scheitert — mittelfristig noch so rentable Investitionen werden oft aufgrund von nicht vorhandenen Kenntnissen oder kurzfristig nicht verfügbaren Mitteln nicht getätigt. Das Energienetzwerk wird inzwischen von Parlamentsabgeordneten aller Parteien unterstützt.

Mitte 1984 wurde an insgesamt 17 Projekten gearbeitet; bis März 1984 konnten energiesparende Baumaterialien, die Neukonstruktion einer Wärmepumpe und die Entwicklung einer Kleinwindanlage realisiert werden, die demnächst produziert werden soll. Außerdem wurden zwei Demonstrationsprojekte in Angriff genommen; die Realisierung von Energiesparmaßnahmen in einem Altenheim hat zu einer Reduktion der Energiekosten um 46 Prozent geführt.

Die Arbeit des Netzwerkes soll durch die Einstellung von sechs Mitarbeitern intensiviert werden, die für folgende Aufgabenbereiche zuständig sind:

— Beratung der Industrie auf dem Gebiet der Energieeinsparung.

Die Beratung soll sich zunächst auf die Firmen der „Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung“ beziehen, aber auch anderen Unternehmen (gegen Gebühren) zugänglich sein. Für die Vielzahl der auf dem Energiesektor aktiven Firmen soll technische Unterstützung bereitgestellt werden.

— Finanzierungsberatung / Bereitstellung von Finanzen.

Vorgesehen ist z.B. die Gründung einer Finanzierungs-Agentur, die z.B. langfristige Kredite an Mieter so günstig vergibt, daß diese von den Energieeinsparungen sofort fühlbar profitieren.

— Produktentwicklung.

Eine geringe Zahl erfolgversprechender Produkte soll weiterentwickelt werden.

— Förderung von Kooperativen.

Die bisher sechs Kooperativen, die mit der Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung zusammenarbeiten und auf dem Energie-Einspar-Sektor aktiv sind, sollen gemeinsam mit der GLEB-Gruppe zur Unterstützung von Kooperativen z.B. auf den Gebieten Qualifizierung, Marketing und Vertragsgestaltung beraten werden.

— Energiespar-Zonen.

Einzelne Gebiete Londons sollen zu Energieeinsparzonen ent-

wickelt werden, in denen alle Möglichkeiten zur Einsparung von Energie eingesetzt werden. Dazu muß eng mit lokalen Gruppen kooperiert und z.B. eine Ladenfront mit Ausstellungsflächen aufgebaut werden.

— Weiterbildungsmaßnahmen.

Es sollten Weiterbildungsmaßnahmen mit interessierten Bürgern, Architekten, Managern und öffentlich Bediensteten zur Aufklärung über Energieeinsparmöglichkeiten durchgeführt werden. Für private Haushalte wird ein Beratungsdienst aufgebaut.

Die Durchsetzung von Energieeinsparmaßnahmen hat neben Spareffekten eine erhebliche Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Da 80 Prozent der neuen Beschäftigung bei der Installation und nur 20 Prozent beim laufenden Betrieb neuer Versorgungssysteme anfallen, wird ein besonderer Wert auf die Initiierung von Investitionsprogrammen auf dem Gebiet der Energieeinsparung gelegt.

Das Energie-Netzwerk hat Einnahmen durch die Beratung von Firmen, die Weiterbildungsmaßnahmen, die Beratung von privaten Haushalten und die Produktentwicklungen und ist um die Einwerbung von Mitteln des Energie-Ministeriums und der EG bemüht.

Eine wesentliche Rahmenbedingung für den Erfolg des Energie-Netzwerks, für das Erreichen von hohen Energieeinspar- und Arbeitsplatzeffekten, ist eine veränderte dezentrale und nationale Energiepolitik.

## 2.6 Alternative dezentrale Energiepolitik

In London gibt es für viele Bürger ernsthafte Probleme bei der Versorgung mit Heizenergie. Die Steigerung der Energiepreise, die Existenz veralteter Heizsysteme (Heizkörper sind zum Teil nur im Wohnzimmer installiert und so ausgelegt, daß sie lediglich eine geringe Grunderwärmung leisten) und der Rückgang der Einkommen bzw. die vorhandenen geringen Einkommen (z.B. von Arbeitslosen und Rentnern) haben dazu geführt, daß die Menschen in nur gering oder gar nicht beheizten Räumen leben. In den Wohnungen bildet sich oft Schimmel, Menschen werden krank und der Tod insbesondere von Kleinkindern und Rentnern kann die Folge sein. Angesichts weiterer Preissteigerun-

gen für die Energieversorgung haben sich Mieterinitiativen gebildet, die ihr Interesse an einer Verringerung der Heizkosten artikulierten. Sie arbeiten zum Teil mit Gruppen von arbeitslosen Bauarbeitern zusammen, die zur Lösung der Probleme beitragen können. Einzelne, oft als Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen finanzierte Projekte arbeiten aktiv an der Isolierung von Gebäuden. Die Londoner Bezirksregierung hat ein Interesse daran bekundet, neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch eine bessere und kostengünstigere Energieversorgung zu schaffen und im Dialog mit den Basisinitiativen zugleich öffentlichkeitswirksam eine Veränderung der Energiepolitik der Zentralregierung durchzusetzen. Die Kritik richtet sich gegen den weiteren Ausbau der Atomenergie, die nur unter großen Sicherheitsrisiken zur Lieferung von teurem Strom in der Lage ist, ohne einen Beitrag zur Lösung lokaler Beschäftigungsprobleme und zur sinnvollen Produktion von Strom- und Heizenergie zu leisten. In London sollen die energiepolitischen Prioritäten auf die Ausnutzung aller Energie-Sparmöglichkeiten (z.B. Investitionen zur Wärmeisolierung von Gebäuden) und den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen gelegt werden, die sowohl Strom als auch Abwärme für die Heizsysteme liefern. Es soll mit Modellprojekten im Rahmen des großen öffentlichen Wohnungssektors begonnen werden.

Die Unterstützung einer Vielzahl von dezentralen Initiativen durch die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung eines Mitarbeiters für die Organisation von Abstimmungsprozessen soll unter Beteiligung des Energie-Netzwerkes zu lokalen Energie-Plänen und zum Aufbau lokaler Energie-Zentren führen.

Insgesamt wird der koordinierte Einsatz der öffentlichen Ressourcen und einer Vielzahl von Mitarbeitern zur Förderung von Basisinitiativen von Mietern und Beschäftigten und zur Realisierung einer alternativen Energiepolitik angestrebt, die auf Energieeinsparstrategien und den Einsatz neuer Technologien zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur kostengünstigeren und besseren Versorgung der Bevölkerung setzt.

## 2.7 Der politische Kampf um London

Die politischen Repräsentanten der beispielhaften Londoner Neuansätze sehen durchaus die begrenzte Reichweite ihrer Aktivitäten. Sie sind im Resultat trotz aller bescheidenen Erfolge kaum mehr als ein „Tropfen auf den heißen Stein“. So ist ein multinationaler Konzern in der Lage, die in einem Jahr erreichte Schaffung von 2.000 neuen Arbeitsplätzen durch die Bezirksregierung mit einem Schlag zunichte zu machen, wenn z.B. Ford eine Gießerei schließt und 2.800 Beschäftigte entläßt. Allerdings: Ohne die mutigen und unkonventionellen politischen Neuansätze zur Durchsetzung einer alternativen dezentralen Strukturpolitik wären die Arbeitslosenzahlen noch größer. Außerdem haben die Reformen in London die zentrale Funktion, realisierbare Lösungsperspektiven im Interesse der Menschen aufzuzeigen und damit Tendenzen zur Anpassung und Resignation entgegenzuwirken. Das kommt auch in der großen Bedeutung zum Ausdruck, die der Mobilisierung der Bevölkerung und der Stabilisierung von Basisinitiativen in den Betrieben und in der Stadt beigemessen wird. Die Entwicklung von alternativen Zukunftsperspektiven, die Schaffung „strategischer Einheiten“ von Forschern und Beratern zur Transformation von Protest-Kampagnen in Initiativen zur positiven Gestaltung der Zukunft unter Nutzung der wissenschaftlichen Ressourcen und der aktiven Einbeziehung der Bevölkerung ist das wohl wichtigste Element der Politik der Londoner Regierung.

Es geht den politischen Repräsentanten Londons natürlich um den Aufbau einer Gegenmacht zur konservativen britischen Zentralregierung. Durch modellhafte Projekte soll der Öffentlichkeit die Machbarkeit einer Politik gegen die Krise demonstriert und die Regierung unter Druck gesetzt werden; zugleich werden Anknüpfungspunkte für eine grundlegende politische Wende nach vorne für den Fall eines Sieges der Arbeiterpartei bei den nächsten Parlamentswahlen geschaffen.

Es scheint gelungen zu sein, eine zunehmend breitere Unterstützung auch der Gewerkschaften für eine neue Politik zu gewinnen, die innerhalb der Arbeiterbewegung keineswegs unumstritten ist. Die fehlenden besseren Alternativen und der durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zugleich zunehmende Handlungsdruck spielen hierbei sicherlich eine wichtige Rolle.

Es besteht die Perspektive, daß die drei von der Labour-Party regierten Bezirksregierungen von London, Sheffield und den West-Midlands ein gemeinsames Gegengewicht gegen die konservative Politik der Regierung Thatcher organisieren; in diesen Regionen leben immerhin ca. 20 von 55 Millionen Engländern. Trotz der begrenzten Möglichkeiten der Realisierung einer wirkungsvollen alternativen Politik auf dezentraler Ebene (die Entscheidungen über Rüstungsausgaben, Atomenergieprojekte und die meisten Steuern fallen z.B. auf nationaler Ebene) ist die Zentralregierung zum Gegenangriff mit dem Ziel übergegangen, die Ebene der Bezirksverwaltung in den Städten schlichtweg aufzulösen und sich selbst die Finanzhoheit zu sichern.

Nach dem Versuch der Aushebelung der gewerkschaftlichen Macht durch die politisch gewollte Massenarbeitslosigkeit und rechtliche Einschränkungen sowie die Schwächung der Arbeiterpartei durch einen finanziellen Aderlaß aufgrund der Einschränkung ihrer traditionellen Unterstützung durch die Gewerkschaften soll die dritte Machtbasis der britischen Opposition, die Regierungsgewalt in den Großstädten, zerschlagen werden. Ein in der Bundesrepublik vergleichbarer Schritt wäre die Abschaffung der Landesregierungen in Hamburg und Bremen sowie die Auflösung z.B. des Kommunalverbandes Ruhr. Ein entsprechendes Gesetz befindet sich in den in Großbritannien erforderlichen parlamentarischen Beratungsprozessen und wird aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß z.B. die Londoner Stadtregierung ab 1985 aufgelöst wird und entsprechende Wahlen nicht mehr stattfinden können. Einzelne Funktionen der Bezirksebene sollen zwar auf die einzelnen Stadtgemeinden Londons übergehen. Aber es werden neue, nicht mehr gewählte Behörden für die Polizei, die Feuerwehr und den öffentlichen Personennahverkehr geschaffen, deren Haushalte und Gebührensätze zunächst von der Zentralregierung festgelegt werden. Auch die Personalentwicklung und die Entwicklungsplanung für London werden der Zentralregierung direkt unterstellt, die insgesamt die Steuerautonomie der Gemeinden abschaffen und deren Ausgabenrahmen festlegen will. Die schon erfolgte Einschränkung der finanziellen Zuweisungen der Zentralregierung an die Gemeinden soll mit dazu beitragen, die Durchsetzung konservativer politischer Leitlinien zu erzwingen. Die Gemeinden sollen durch ökonomischen Druck dazu gebracht werden, z.B. den Bestand an öffentlichen Woh-

nungen, die Müllabfuhr und die Stadtreinigung zu privatisieren und die sozialen Dienste einzuschränken.

Die krasse Opposition der Londoner Regierung gegenüber einer solchen Politik und der Versuch der offensiven Entwicklung einer Alternative ist akut bedroht. Die Zukunft wird zeigen, ob die volle Mobilisierung der Öffentlichkeit durch die Unterstützung von Belegschafts- und Bürgerinitiativen, Flugblätter und Zeitungen, Veranstaltungen und Feste, Weiterbildungsangebote und Videokassetten, das Anbringen von Werbetexten an allen Bussen des öffentlichen Verkehrsnetzes (Erhaltet die Stadtregierung!) und die Nutzung der Rathaus-Front zur politischen Aufklärung (wo große Plakate entweder den aktuellen Arbeitslosenstand verkünden oder z.B. gegen den Besuch eines südafrikanischen Ministers demonstrieren) ausreichen, das nur mit dem Roten Wien der Vorkriegszeit vergleichbare „Modell London“ zu retten und eine politische Wende in Großbritannien herbeizuführen.

### 3. Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion

#### 3.1 Als Beispiel: Regionale Strukturkrise in Bremen

Gerade in den letzten Jahren hat sich die Arbeitsmarktsituation im Bund und in Bremen dramatisch verschlechtert. Hatten wir im Jahresdurchschnitt im Bund 1979 noch ca. 900.000 (3,8 %) Arbeitslose (zuzüglich 550.000 stille Reserve), so waren es Ende 1982 bereits ca. 2 Millionen (8,4 % Arbeitslosenquote zuzüglich 1 Million stille Reserve).

Ähnliches hat sich in Bremen abgespielt: 1979 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 14.000 (4,9 % Arbeitslosenquote), 1981 schnellte sie auf 20.000 (7 % Arbeitslosenquote) empor und Ende 1982 hatten über 30.000 Kolleginnen und Kollegen keinen Arbeitsplatz. Im Durchschnitt kamen 1981 in Bremen auf eine offene Stelle sieben Arbeitslose; Ende 1982 waren es schon über 40. Anfang 1985 lag die Arbeitslosenquote im Bund bei ca. 10 Prozent, in Bremen bei ca. 15 Prozent (entsprechend 40.000 Arbeitslosen).

Das verarbeitende Gewerbe verzeichnet in Bremen im Zeitraum von 1970 bis 1981 einen Beschäftigungsrückgang von fast 4,2 Prozent. Die großen Verlierer waren der Maschinenbau mit 37 Prozent und fast 4.000 weniger Beschäftigten sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 32 Prozent und einem Verlust von 8.385 Arbeitsplätzen. Erhöht wurde die Beschäftigung nur im Straßen- und Luftfahrzeugbau um 17 Prozent und 2.175 Arbeitsplätze.

Erwähnenswert ist die Zunahme bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, wobei dieser Anstieg der Beschäftigten zu einem erheblichen Anteil durch Teilzeitarbeit begründet ist. 17 Prozent der 58.260 Beschäftigten im Bereich Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung (öffentlicher Dienst) sind Teilzeitbeschäftigte. Die Zunahme von 41 % ist deshalb zu relativieren.

Die für Bremen besonders bedeutsamen Industriezweige sind von Krisentendenzen betroffen, sie haben erhebliche Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen und blicken in eine ungewisse Zukunft. So sind z.B. im Schiffbau ca. 2.000 Arbeitsplätze gefährdet, in der Luftfahrtindustrie droht ein umfangreicher Personalabbau (bis zu 1.500), und die Lage der Stahlindustrie (ca. 1.200 Arbeitsplätze bedroht) ist ausgesprochen kritisch. Die sich in allen Betrieben verschärfenden Rationalisierungen und die bevorstehenden Absatzprobleme der Automobilindustrie lassen auch im Falle von überdurchschnittlichen Wachstumsraten in Bremen nicht einmal eine Stabilisierung des derzeitigen Beschäftigungsniveaus erwarten.

Allein der mögliche Verlust von 5.000 Arbeitsplätzen aus dem Kernbereich der Bremer Metallindustrie würde die Zahl der Arbeitslosen um insgesamt ca. 6.000 erhöhen (Folgewirkungen auf Zulieferbetriebe, Nachfrageausfall). Volkswirtschaftlich würde eine solche Entwicklung jährlich zusätzliche Kosten von ca. 168 Millionen DM (28.000 DM pro Arbeitslosen) und einen Produktionsausfall von ca. 360 Millionen DM bedeuten — von den sich aus der Arbeitslosigkeit ergebenden menschlichen und gesellschaftlichen Problemen ganz zu schweigen.

Die Prognosen für den Arbeitsmarkt der nächsten 20 Jahre sehen nicht günstig aus. Bei einem jährlichen Wachstum von 2-2,5 Prozent und einer Ausländer-Nettowanderung von  $\pm 0$  ergeben sich für:

1985: 2,9 Mio. Arbeitslose	
1990: 3,9 Mio.	“
1995: 3,7 Mio.	“
2000: 2,9 Mio.	“

Diese Prognose bedeutet für Bremen im Jahre 1990 eine Arbeitslosenquote von über 20 %.

### 3.2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftspolitische Programm der Bremer Landesregierung geht ordnungspolitisch von einem funktionsfähigen Marktmechanismus aus, d.h.,

„daß die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland mit weitgehender Entscheidungsfreiheit der Unternehmen eine unternehmensbezogene und produktorientierte Wirtschaftspolitik des Staates nicht ermöglicht. Deshalb geht das Zehnjahresprogramm davon aus, daß die Unternehmen im wesentlichen ihre zukunftsorientierten Märkte selbst besetzen. Die öffentliche Hand kann insoweit nicht zugunsten der Erträge von Privaten diesen ihre ureigene Aufgabe abnehmen, Marktchancen zu finden und Umsätze zu realisieren.“ (Strukturplan Unterweserraum, S. 5)

Ausgehend von dieser Prämisse liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der Schaffung von Infrastruktur im weiteren Sinne: „Vorrang der Infrastruktur vor direkter Subventionierung“. Kapitalistische Wirtschaftsstrukturen werden nicht in Frage gestellt.

Gegen eine indirekte Investitionsförderung sprechen empirische Ergebnisse. Im „Bürgermeisterwettbewerb“ um Industrieansiedlungen hat man sich folgende Zahlen vor Augen zu führen: Im verarbeitenden Gewerbe der BRD hat es in den siebziger Jahren einen Verlust an Arbeitsplätzen von 14 Prozent gegeben. Im Zeitraum 1970-79 wurden insgesamt ca. 174.000 Arbeitsplätze (Schliebe/Hillersheim, 1980) durch Neuerrichtung und Verlagerung von Industriebetrieben geschaffen, davon fast 120.000 in den Jahren 1970-73; mit Beginn der Krise schrumpfte dieses Volumen seit 1974 auf jährlich 10.000. Um diese Arbeitsplätze konkurrieren die Gemeinden, wobei nach 1979 das jährlich neu geschaffene Arbeitsplatzvolumen im Verlauf der Krise noch geringer geworden sein dürfte.



Regionale Strukturpolitik steht in erster Linie vor dem Dilemma der Realisierung konkreter arbeitsmarktpolitischer Ziele mit dem Mittel der Beeinflussung privater — d.h. grundsätzlich autonomer — Investitionen. Private Investitionen werden dort getätigt, wo eine maximale Gewinnrealisierung zu erwarten ist: erst dann werden eventuell Arbeitsplätze geschaffen. An diesem Punkt knüpft die Konzeption bremischer regionaler Wirtschaftspolitik an. Man will Bedingungen schaffen, damit im bremischen Raum private Investitionen ein „günstigeres Klima“ vorfinden. Dazu ist es zuerst einmal notwendig, Gewerbeflächen (zu günstigen Preisen) und die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ein zweiter Punkt, der die Rentabilität einer Investition *direkt* berührt, sind Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Zinszuschüsse u.ä., die sowohl von der Bundesregierung als auch von den Ländern und Gemeinden gewährt werden.

Dazu sagt der DGB,

„daß eine in erster Linie an der Unternehmensförderung orientierte Wirtschaftspolitik, deren Nebenprodukt die Schaffung von Arbeitsplätzen sein kann, diesen Anforderungen (z.B. Vollbeschäftigung —d.V.) nicht gerecht wird“. (DGB-Strukturprogramm Küste 1980, S. 32).

Ein Resultat der Politik von um Arbeitsplätze konkurrierenden Ländern und Gemeinden ist, daß

„in der gesamten norddeutschen Küstenregion ein Reservoir von erschlossenen und ausgewiesenen Gewerbeflächen vorgehalten wird, das noch einmal den vorhandenen Industriebesatz aufnehmen könnte“ (ca. 10.000 ha) (ebd. S. 41).

Aus diesen allgemeinen Betrachtungen folgt, daß derzeitige regionale Wirtschaftspolitik Steuereinnahmen zugunsten von Unternehmen umverteilt (das Steueraufkommen wird zum überwiegenden Teil von abhängig Beschäftigten aufgebracht). Weiterhin fehlt eine Koordination der Wirtschaftsregionen in der Gewerbeflächenpolitik und ein Instrument zur Steuerung von Investitionen. Ohne grundlegende Änderungen dürfte die Forderung des DGB kaum einlösbar sein:

„Strukturpolitik darf nicht auf eine Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik unter unternehmerische Gewinninteressen hinauslaufen (ebd. S. 8).

### 3.3 Ein Beispiel: Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden \*

Die Niederländer haben ein ausgebautes Instrumentarium zur Lenkung von Investitionen entwickelt. 1979 wurde eine „Innovationsnote“ der Regierung veröffentlicht, deren Kernpunkte die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsstrukturen, Zuschüsse bei Lohnkosten im Entwicklungsbereich, Kapitalzuschüsse bei innovativen Investitionen und die Förderung von Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen sind.

In diesem Zusammenhang arbeitet die NOM, eine Nord-Niederländische-Entwicklungsgesellschaft AG. Ziel der NOM ist die Förderung der ökonomischen Entwicklung dieser Region.

Der niederländische Staat ist der Aktionär, im Aufsichtsrat sitzen Vertreter der Regionalregierung, von Unternehmen und Gewerkschaften.

Die NOM beteiligt sich an Unternehmen in ihrem Aufgabenbereich bzw. kann selbst Unternehmen gründen; das eingeschossene Risikokapital kann zurückgezahlt werden.

Die Aufgabenbereiche sind:

- regionalbezogene Wirtschaftsberatung
- Industrieansiedlung
- Innovationsentwicklung.

Diese Beratungstätigkeit richtet sich in erster Linie an kleinere und mittlere Unternehmen.

Die NOM versucht, Informationen aus Hochschulen, Unternehmen oder anderen Institutionen zusammenzubringen und Projekte zu entwickeln, um diese bei ansässigen Unternehmen produktionsreif zu machen und produzieren zu lassen.

In der NOM-Praxis werden Ideen gesammelt sowie auf ihre technische und marktmäßige Realisierung überprüft. Danach werden genaue

---

\* Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf einen Vortrag von Ir. Th. Akkermann, „Die Bedeutung von Innovationen für das Wirtschaftsleben“ aus: „Entwicklung in der holländischen Nordregion und Nordwestregion Bundesrepublik Deutschland“, Oldenburg 1981.

Marktanalysen gemacht; falls sich eine Marktfähigkeit herausstellt, wird von der Abteilung Produktentwicklung ein Betrieb gesucht und die Produktionsmöglichkeit eruiert.

Wenn die NOM Finanzierungsmittel beschafft, Prüfungen vornimmt o.ä., werden diese Mittel als Beteiligungen ausgewiesen oder müssen zurückerstattet werden.

Um diesen Kranz an Aktivitäten entfalten zu können, ist die NOM national und international Nachfrager und Anbieter an „Kenntnisbörsen“ und steht mit vielen Innovationsinstituten in Kontakt.

Seit 1974 sind 600 Produktideen bearbeitet, sind in 30 Fällen Entwicklungskosten übernommen und 200 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die NOM ist mit 280 Millionen Gulden an 28 Betrieben beteiligt.

### 3.4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft

Es erscheint notwendig, daß in einer Ansiedlungs- bzw. Beteiligungsgesellschaft regional- und strukturpolitisches Know how koordiniert wird. Eine Beratung von Unternehmen bei betriebswirtschaftlichen Problemen und die Beschleunigung verwaltungsmäßiger Abläufe (z.B. bei Ansiedlungen, Erweiterungen von Unternehmen) muß erfolgen; weiterhin müssen Bundeszuschüsse (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) bei den Unternehmen bekannt gemacht werden.

Die dargestellten Ansätze der Niederländer und Engländer lassen sich durchaus z.B. auf die norddeutsche Küstenregion/auf Bremen übertragen. Regionale öffentliche Gesellschaften eröffnen Möglichkeiten für eine langfristig angelegte regionale Strukturpolitik. Bereits jetzt werden in Bremen erhebliche Gelder an Unternehmen gezahlt, ohne daß eine Kontrolle über diese Mittel gegeben ist. Des weiteren ist kein professionelles „Management“ vorhanden, um die eingesetzten Gelder zu kontrollieren und Einfluß auf die Geschäftspolitik der jeweiligen Unternehmen auszuüben.

Eine Eigengesellschaft als Ausdruck eines koordinierten öffentlichen Unternehmenssektors kann nur ein Strang neben arbeitsmarktpolitischen Eingriffen und bisheriger Strukturpolitik im weiteren Sinne sein.

Die Gesellschaft ist als Holding aller staatlichen Beteiligungsrechte

und Eigengesellschaften (z.B. Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG), zweier Werften (Vulkan, SUAG), VFW/MBB) denkbar, in die auch Subventionen, die zur Zeit bereits gezahlt werden, zur Finanzierung eingehen. Werden Überschüsse erzielt, so fließen sie in einen Fonds zur Aufgabensicherung dieser Gesellschaft. Zu diesen Aufgaben gehört unter Umständen die Finanzierung von Sanierungs- bzw. Umstellungsmaßnahmen für krisenbetroffene Betriebe.

Die Eigengesellschaft hält zum einen reaktive Beteiligungen (d.h. Subventionen und Bürgschaften werden als Beteiligung bzw. beteiligungsähnliche Rechte vergeben); zum anderen werden aktive Beteiligungen auch an bremische Schlüsselunternehmen gesichert bzw. erworben, um regionale Interessen zu wahren.

Die Eigengesellschaft kann zu einem zentralen Instrument der Struktur- und auch der Konjunkturpolitik werden, wenn öffentliche Mittel auch für industrielle Investitionen genutzt werden (und Refinanzierungseffekte erzielen); die langfristige Investitionspolitik der Eigengesellschaft (als Kapitalgesellschaft) würde zugleich die notwendige Ausweitung des vorhandenen Kreditrahmens erlauben (Schattenhaushalt) — schon heute unterliegen die Kredite z.B. der Bremer Lagerhausgesellschaft für Investitionen in den Häfen nicht der Landeshaushaltsordnung, obwohl die Mittel zumindest zu großen Teilen (in Form von Miete) von der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

Insgesamt geht es darum, durch den Ausbau und die Koordinierung des öffentlichen Unternehmenssektors zu einer vor allem die regionalen Bedürfnisse befriedigenden und die Arbeitsplätze sichernden „kommunalen“ Produktion zu kommen. Über einen starken öffentlichen Unternehmenssektor scheint eine langfristige Strukturpolitik möglich, die durch den gebündelten und gezielten Einsatz von Ressourcen und entsprechende Kooperationsangebote auch auf privatwirtschaftliches Investitionsverhalten initiierend und orientierend einwirken kann. Dabei wird es notwendig sein, eine wichtige Vermittlungsleistung zu vollbringen. Die schon erkannten „Zukunftsmärkte“ müssen mit bisher unbefriedigten kollektiven Bedürfnissen in Verbindung gebracht und auf die spezifischen Produktionsmöglichkeiten in der Region Bremen abgestimmt werden.

Die Herauslösung der Aktivitäten einer Fördergesellschaft aus

der allgemeinen staatlichen Verwaltung ist durchgängig zu beobachten. Die Kritik an der Förderungsdurchführung der öffentlichen Verwaltung in Bremen reicht von der Handelskammer über die Wirtschaftskammer bis hin zur Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Gefordert wird eine Eigengesellschaft bzw. Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Bremen von der SPD (Beschluss des Landesparteitags vom 31.5.1981) und der IG Metall-Vertreterversammlung Bremen (Beschluss vom 15.3.1982).

Die Ziele der Eigengesellschaften sollten wesentlich weiter greifen als die Betreuung von Beteiligungen und Finanzierungsangelegenheiten.

Folgende allgemeine Ziele lassen sich formulieren:

1. Die Neuschaffung von Arbeitsplätzen,
2. die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen,
3. der Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten in der Wirtschaftsstruktur sowie
4. die Förderung eines qualitativen technischen Wandels auch im Interesse einer Humanisierung der Arbeit und
5. die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

#### *3.4.1 Konstruktion der Eigengesellschaft*

Gesellschafter sollten eventuell die „Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit mbH“ sowie Banken sein. Die Finanzierung erfolgt über die Gesellschafter und das Land Bremen.

Eine Steuerbefreiung dieser Gesellschaft erscheint möglich, kann jedoch abschließend hier nicht beurteilt werden (§ 5 Körperschaftsteuergesetz u.ä.).

#### *3.4.2 Arbeitsbereiche der Eigengesellschaft*

Um die allgemeinen Ziele zu erreichen sind u.a. folgende Bereiche zu bearbeiten:

- Ansiedlungsberatung insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (das heißt u.a. Beschleunigung des Behördendurchlaufs).
- Grundstücksgeschäfte
- Finanzierungs- und Unternehmensberatung sowie die Übernahme von Bürgschaften für Kredite

## *BREMISCHE EIGENGESELLSCHAFT*

- I.**
- a) *brem. Banken mit mehrheitlichen Kapitalgeber Landesbeteiligungen*
  - b) *Stadtwerke AG, Straßenbahn AG, BLG u.ä.*
  - c) *Subventionen des Landes und des Bundes*

*Gesetz zur Zielbestimmung*

- 1) *Erreichung von Vollbeschäftigung und Sicherung vorhandener Arbeitsplätze*
- 2) *Abbau von regionalen und strukturellen Ungleichgewichten in der Wirtschaftsstruktur*
- 3) *Förderung eines qualitativen technischen Wandels*
- 4) *Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen*

*Regionalrat bestehend aus*

- a) *Gewerkschaftsvertretern*
- b) *Unternehmensvertretern*
- c) *staatlichen Vertretern*

**II. Beteiligungsgesellschaft in Form von Kapitalgesellschaft**

<i>Bereich: neue Märkte</i>	<i>Bereich: Sanierung von Unternehmen und Struktur</i>	<i>Bereich: An- und Verkauf von Gewerbeflächen, Erschließung u. Beratung bei Ansiedlung</i>	<i>Bereich: Information und Beratung von Klein- und Mittelbetrieben</i>	<i>Bereich: Schlüsselindustrien</i>
<i>technologische Innovation bei bremischen Gesellschaften</i>	<i>krisenbewältigung</i>			

- III.**
- a) *Beteiligungen an innovativen Bereichen*
  - b) *Erschließung neuer Produktionsfelder bzw. Dienstleistungsstrukturen*
  - c) *Werften mit Umstrukturierungsaufgaben*
  - d) *An- und Verkauf von Gewerbeflächen*
  - e) *bremische Schlüsselindustrien*

- Erarbeitung von Strukturanalysen
- Innovationsberatung und Innovationsentwicklung, insbesondere bei Zukunftsmärkten wie: Offshore-Aktivitäten, Meerestechnologie, Luft- und Raumfahrt, Solartechnik, Informatik, Telekommunikation, Umwelttechnologie, Mikrotechnologie, Gesundheit und Ernährung, Biotechnik, Verkehrstechnik.

Ein wesentlicher Aspekt der Förderungs politik sollte jedoch die Beteiligung bei Unternehmen sein. Die Umwandlung von Subventionen in Beteiligungen könnte auch zur Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten in den Zukunftstechnologien oder für sozial nützliche Produkte führen. Dabei sollte man auch Initiativen von Belegschaften aufnehmen (Arbeitskreis alternative Fertigung bei VFW/MBB-Bremen; Beispiel Hamburg: Innovationsberatungsstelle der IG Metall und Arbeitskreis alternative Produktion bei Blohm & Voss).

Zur Verhinderung von individuellem und gesellschaftlichem Elend sollten z.B. in den Werften — anstelle von Massenentlassungen — die Arbeitnehmer weiterhin in ihren Betrieben beschäftigt bleiben. Im Rahmen von betrieblichen Pools könnte eine Weiterqualifikation und der Ausbau einer sozial nützlichen Produktion erfolgen. Damit könnte zugleich ein Beitrag zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion geleistet werden, denn Bremen ist in besonderem Maße von den Rüstungsaufträgen abhängig (Fregattenbau, MRCA-Tornado, militärische Elektronik).

Die strukturpolitische Steuerung über eine Eigengesellschaft hat den Vorteil, daß unternehmensinterne Daten vorliegen, die mit strukturpolitischem know how und staatlichen Ressourcen verbunden werden können.

Hier lassen sich Kombinationen öffentlicher Nachfrageimpulse und unternehmensspezifischer Umstellungen denken, die eventuell in Verbindung mit der Um- und Weiterqualifikation der Beschäftigten neue Arbeitsplatzperspektiven eröffnen.

Anknüpfungspunkte für koordinierte Aktivitäten eines öffentlichen Unternehmenssektors (in Kooperation mit Privatunternehmen) wären z.B.:

1) *Maßnahmen zur Verringerung des Ölverbrauchs / zur Energieeinsparung*

Das Anknüpfen an bei den Stadtwerken schon vorhandene Überle-

gungen zum Ausbau von Fernwärmeschienen muß verbunden werden mit dem Einsatz kleiner Kraftwerkstypen, die auf der Basis neuester Technologien mit Kohle betrieben werden. Gasgetriebene Wärmepumpen können verstärkt eingesetzt werden. Mit dem Bau von Kleinkraftwerken und der Produktion und Installation von Fernwärmeschienen wären deutliche Arbeitsmarktimpulse verbunden. Staatliche (vom Bund geförderte) Investitionen würden einen qualitativen Wandel („Weg vom Öl“) einleiten, neue und umweltschonende Technologien fördern und sich als sehr ökonomisch erweisen: sie könnten sich mittelfristig selbst finanzieren, beim Verbraucher Kaufkraft freisetzen und die Zahlungsbilanz entlasten.

Im Zusammenhang mit einem verstärkten Kohlebedarf wäre in Bremen an die Entwicklung eines Transportsystems zu denken, das die Kohleversorgung sichert. Hier könnten durch das Einbeziehen z.B. der BLG und der Bundesbahn integrierte see- und landseitige Transportketten entwickelt und durch einen Bremer Verbund (Kocks/Salzgitter, VFW/MBB u.a) produziert werden, wobei der spätere Export solcher Systeme anzustreben wäre. Die öffentlich kontrollierte Salzgitter AG konzipiert bereits heute Pipelines für den Transport von Feststoffen. Bei der Produktion und Installation von Fernwärmeschienen und Erdgasleitungen wäre die Beteiligungsmöglichkeit für Teile der Werftindustrie zu prüfen; die Kosten lägen zwar eventuell höher als bei den spezialisierten Herstellern, wären aber insgesamt um ein Vielfaches geringer als die „unproduktive“ Subventionierung von brachliegenden Werftkapazitäten bzw. die Finanzierung von arbeitslosen Werftarbeitern.

Der von der Erno/VFW/MBB konzipierte und zum Teil bei der AG Weser gebaute Windrotor „AEOLUS“ könnte z.B. bei entsprechender öffentlicher Förderung nicht nur im Lande Bremen (in Bremerhaven wird ein „GROWIAN“ von MBB gebaut) eingesetzt werden, sondern auch im Export Erfolge erzielen (das erste Modell wird nach Schweden geliefert).

## *2) Ausbau und Verbesserung der regionalen Verkehrssysteme*

Vorschläge zur durchgreifenden Verbesserung der regionalen Verkehrsstrukturen können an Überlegungen der Straßenbahn AG, der Bundesbahn und Unternehmen in staatlicher Beteiligung wie VFW/MBB anknüpfen und im Falle ihrer Realisierung neben der Si-



cherung von Arbeitsplätzen wesentliche Beiträge vor allem zur Energieeinsparung und zur Verbesserung der Wohnqualität in der Stadt leisten. Eben solche Effekte könnten z.B. der weitere Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (weiterer Ausbau der Straßenbahnstrecken, möglicherweise Einsatz von Schienen-Straßen-Fahrzeugen und die Umrüstung auf Elektro-Hybrid-Motoren, Verkürzung der Taktzeiten in Verbindung mit dem Einsatz eines größeren Fahrzeugparks und zukunftssträchtigen Steuerungssystemen) wie auch eine wesentlich verbesserte Anbindung des Umlandes zur Folge haben. Ein solches strategisches Gesamtkonzept kann aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Ölpreise auf Zustimmung und Annahme bei der betroffenen Bevölkerung rechnen.

Ein Resultat einer solchen Investitionspolitik wäre die Einsparung von Energie, Zeit (für den Weg zum Arbeitsplatz) und Straßenbaumitteln bei gleichzeitiger Verringerung der Belastung von Umwelt und Wohnumgebung mit Nebeneffekten wie z.B. einer verringerten Unfallgefahr und reduzierten Kosten für das Gesundheitswesen. Für die Entwicklung und den Ausbau der Produktion von regionalen (Nah-)Verkehrssystemen, die zukunftsweisend (d.h. vor allem energiesparend und schnell) sind, wäre ein Forschungs- und Produktionsverbund von Straßenbahn AG, Bundesbahn und Fahrzeugbaubetrieben wie VFW/MBB und Daimler-Benz denkbar\*.

### *3) Ausweitung des Wohnungsbaus*

Ein zukünftiger Markt sind der soziale Wohnungsbau und die Wohnumweltverbesserung. Hier bestehen kollektive Bedürfnisse besonders in Ballungsgebieten, deren Befriedigung sich nicht erst seit den zunehmenden Hausbesetzungen als dringendes politisches Problem darstellt.

Über die Forderung nach einer Ausweitung und Umstrukturierung der Förderungsprioritäten des Bundes (nur noch ein Viertel der Mittel fließen in den Mietwohnungsbau) hinaus sind Ansatzpunkte für Impulse auf der Ebene der Kommune bzw. des Bundeslandes (Bremen)

---

\* Während der Konzeptionsphasen bekommen die privaten Unternehmen Forschungs- und Entwicklungsmittel bzw. gründen dafür Eigengesellschaften und müssen als Gegenleistung technologisch hochwertige Arbeitsplätze in Bremen schaffen oder belassen sowie bei Produktfähigkeit die entwickelten Produkte im Unterweserraum herstellen.

zu entwickeln. Voraussetzung für solche Impulse ist die Zusammenfassung der eingesetzten öffentlichen Mittel im Rahmen der Eigengesellschaft — die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau könnte hierbei der Kristallisationskern sein.

Die vom DGB geforderte Kooperation des öffentlichen mit dem gemeinwirtschaftlichen Sektor könnte (angesichts der wohl vorhandenen finanziellen Reserven) zu einer Belebung vor allem des sozialen Mietwohnungsbaus genutzt werden. Darüber hinaus sind bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung des Neubaus von eigenem (und eigenemgenutztem) Wohnraum und zur Modernisierung des vorhandenen Wohnbestandes zu treffen. Während es bei der Verbesserung oder Sanierung in erster Linie um eine kostengünstige Veränderung in Kooperation mit den Nutzern geht (die z.B. Eigenleistungen ermöglicht und ein „Kaputt-sanieren“ verhindert), erfordert der Neubau von Wohnraum intensive Überlegungen und durchgreifende Maßnahmen in Bezug auf eine Kostensenkung, die allerdings nicht mit Qualitätsminderungen einhergehen dürfen.

Zum Teil erhebliche Verringerungen der Kosten wären erreichbar durch

- die Umwandlung von Grundstücken im öffentlichen Besitz in Bauland und ihre Vergabe nach bestimmten Kriterien in Erbpacht.  
Eine solche Regelung hätte den Vorteil, daß die Grundstücke Eigentum der öffentlichen Hand bleiben würden (private Spekulationsgewinne also ausgeschlossen wären), der Wohnraum erheblich billiger würde und im Vergleich zur Gewerbeflächenpolitik nur eine geringe Subventionierung erforderlich wäre,
- die Forderung nach einem niedrigen Zinsniveau für den sozialen Wohnungsbau bei sofortigem Beginn mit Zinssubventionen, wie sie z.B. im Schiffbau üblich sind,
- die Senkung der Energiekosten im Neubaubereich mit Hilfe der besonderen Förderung z.B. von Fernwärmeanschlüssen, gasgetriebenen Wärmepumpen und/oder Windrotoren, aber auch die Anbindung an ein attraktives Nahverkehrsnetz,
- spezielle Programme für den Eigenheimbau, der durch entsprechende planerische Überlegungen und durch das Erbringen von Eigenleistungen kostengünstig intensiviert werden könnte.

Es sollten Wohnkonzeptionen realisiert werden, die heute unter dem Schlagwort „Stadthaus“ existieren. Gemeint ist auch eine Neuauflage des „Bremer Hauses“ in Reihenbauweise, das auf relativ geringer

Grundfläche ein Maximum an individuell plan- und nutzbarem Raum bietet.

Eine Reihenhauslösung sollte wegen der geringeren Grundstücksfläche und dem gegenüber dem alleinstehenden Haus wesentlich geringeren Energieverbrauch bevorzugt werden. Preisgünstigere Baulösungen kann man z.B. von den Niederländern übernehmen, die sicherlich andere Wohngewohnheiten haben, jedoch einen wesentlich preiswerteren Wohnungsbau verwirklichen. Die kostengünstigen Baulösungen sind durch die Planung bedingt und liegen auch in der Konzeption der staatlichen Förderung begründet, die Zuschüsse bzw. Steuernachlässe nur bis zu einer Höchstpreisgrenze gewährt ( die jährlich neu festgelegt wird und zur Zeit bei ca. 150.000 Gulden liegt).

Ein anderer Punkt, der Kosten für Käufer senken könnte, ist das Erbringen von Eigenleistung. Schon bei der Planung von neuen Stadthaussiedlungen könnten die zukünftigen Bewohner mit einbezogen werden. Die gemeinsame Planung und Eigenleistung fördern die Identifikation mit dem Stadtteil und die Kommunikation mit den Nachbarn und erschließen unter Umständen für den „Erbauer“ eine neue Erfahrungswelt. Die Selbstbeteiligung am Neu- oder Umbau von eigenem Wohnraum ist eine gängige Praxis und wird von den Bürgern sowohl unter Kostensenkungs- wie Einflußnahmespekten gefordert.

Es wird in Zukunft darauf ankommen, diese Formen von (oft individueller) „Bürgerinitiative“ zu ermöglichen und zugleich zu verhindern, daß für den einzelnen unzumutbare Arbeits- und Finanzierungsbedingungen entstehen. Es ist zu überlegen, ob eine „Humanisierung der Eigenleistung“ durch spezielle Arbeitszeitregelungen möglich ist.

Zu betonen ist, daß es um öffentlich gesteuerte, von den gemeinnützigen Unternehmen mitgetragene Initiativen zur Bekämpfung der Wohnungsnot (zum Teil refinanzierbare Investitionen) und nicht um eine weitere Umverteilung zugunsten der ohnehin schon Privilegierten gehen muß.

#### *4) Ausbau und Entwicklung der Meerestechnologie*

Es ist vorstellbar, daß die Arbeiten im Bereich der Meeresforschung in Bremerhaven in absehbarer Zeit zu Vorschlägen für gesellschaftlich sinnvolle Unterwasser-Aktivitäten führen. Dann stellt sich nicht nur für Forschungsarbeiten, sondern auch für zukünftige „Produktions-

unternehmungen“ die Frage nach einer entwickelten Meerestechnologie, für die in Bremen optimale Bedingungen vorherrschen: neben Forschungskapazitäten gibt es nicht nur den Schiffbau mit seinen maritimen Erfahrungen, sondern bei VFW/MBB auch ein regionales Technologiezentrum, das im Verbund mit den beiden anderen genannten Bereichen z.B. ferngesteuerte Geräte für Unterwasserarbeiten entwickeln, erproben und produzieren könnte. An diesem Punkt kann sich „Zukunftsforschung“ mit vorhandenen betrieblichen und regionalen Erfahrungen verbinden und möglicherweise zur besseren Versorgung der Bevölkerung führen. Im Falle der Ausweitung der Herstellung von „Nahrungsmitteln aus dem Meer“ wären zugleich Transportkapazitäten (Schiffe) erforderlich, die die vorhandenen Verarbeitungskapazitäten (vor allem in Bremerhaven und Cuxhaven) auslasten könnten. In diesem Zusammenhang muß auch auf die Möglichkeit der Energiegewinnung aus dem Meer hingewiesen werden.

#### *5) Weitere Aktivitäten*

Der durchaus denkbare (und bisher wirklich nur vorläufig skizzierte) Ausbau einer sinnvollen regionalen Produktion würde bedeuten, daß eine entsprechend erhöhte Nachfrage nach Stahl und Kohle entstehen würde, die wiederum entsprechende Hafenaktivitäten nach sich ziehen könnte. In Verbindung mit dem Aufbau solcher regionaler Produktionsstrukturen in „Zukunftsbereichen“ sind zwei Entwicklungsrichtungen denkbar, die sich zum Nutzen der in der Region beschäftigten und von bisher benachteiligten Menschen auswirken könnten: zum einen könnte das entstandene Know-how, eventuell sogar die entwickelten Produkte, weiterverkauft werden. Zum anderen könnte mit einer solchen Weiterveräußerung ein Beitrag zur Verbesserung der Situation in der sogenannten Dritten Welt geleistet werden: die Erschließung des Meeres zur Nahrungsmittelversorgung würde hier ebenso ihre Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von energiesparenden see- und landseitigen Transportsystemen und die Erschließung von Energiequellen und Energieversorgungssystemen, die weder öl- noch urangebunden sind.

Weitere Anknüpfungspunkte könnten sich z.B. aus einer Verbindung des know-how der Bremer Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit universitären Forschungen im Bereich von Biologie und Technologie ergeben, die möglicherweise wirksame und preisgünstige Modelle

der Nahrungsmittelproduktion für die „Dritte Welt“ verfügbar machen werden; die guten Kontakte Bremens zu einzelnen „Entwicklungsländern“, die Ausbildung von Experten aus der sogenannten Dritten Welt und die schon vorhandenen Überlegungen in bezug auf „angepaßte Technologien“ könnten durchaus für die Produktion relevant werden.

Zu den weiteren Aktivitäten der Eigengesellschaft müßte darüber hinaus gehören:

- der Kauf und Verkauf von Gewerbeflächen sowie die Koordination von Genehmigungsverfahren in diesem Zusammenhang mit der Perspektive, ein einheitlich handelnder und effizienter Ansprechpartner für ansiedlungswillige Unternehmen zu sein;
- der Aufbau von Consulting-Unternehmen, die sich (wie die BLG) um den Verkauf von know-how bemühen;
- die Bereitstellung von Gewerbehäusern in Wohnnähe für nicht störendes Kleingewerbe, das hochwertige, langlebige Konsumgüterproduktion betreibt;
- Bereitstellung von Büroflächen in Stadt-Nebenzentren, damit die Umwandlung von Wohnraum in der Innenstadt und deren Nebengebieten verhindert und wieder rückgängig gemacht wird.
- Innovationsberatung von Klein- und Mittelbetrieben.

Die Eigengesellschaft muß bei der Subventionsvergabe z.B. für Werften — auch wenn die Mittel vom Bund kommen — eingeschaltet werden. Soll ein Betätigungsfeld der Eigengesellschaften die Sanierung strukturschwacher Unternehmen sein, so ist die Rentabilitätsorientierung zurückzustellen. Bei solchen Betrachtungen sind sowieso zu zahlende Subventionen in Nutzen-Kosten-Kalküle mit einzubeziehen.

Eine Verzahnung von heute möglicher fortschrittlicher „Sozialpolitik“ und der Entwicklung zu künftiger „freier“ gebrauchswertorientierter Arbeit in Stadtteilwerkstätten kann ebenfalls zum Aufgabenfeld einer Eigengesellschaft werden. Der Aufkauf von vorhandenen Betriebsstätten kann zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher unter Anleitung von älteren Arbeitnehmern (mit reduzierter Arbeitszeit oder nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb) dienen. In solchen Werkstätten können Reparaturen von Gebrauchsgegenständen durchgeführt werden oder Kooperativen entstehen. Die Kosten dafür dürften langfristig-gesellschaftsbezogen niedriger liegen als die „soziale Be-

treuung“ arbeitsloser Menschen. Solche Werkstätten als zukünftige „öffentliche Werkstätten“ könnten den Bürgern eines Stadtteils in ihrer — durch Arbeitszeitverkürzungen weiter zunehmenden — Freizeit die Möglichkeit zu sinnvoller und produktiver Beschäftigung vermitteln, bei der sie sich die Güter des täglichen Bedarfs selber reparieren oder herstellen könnten.

Im Zusammenhang mit der verstärkten Forschungsförderung zur Humanisierung der Arbeit kann die Entwicklung und Produktion von Technologien gefördert werden, die von körperlich schwerer und gefährlicher Arbeit entlasten, ohne zur Arbeitsplatzvernichtung zu führen. In diesem Rahmen könnte der von VFW/MBB produzierte Roboter ebenso Bedeutung bekommen wie die Entwicklung von ferngesteuerten Geräten, die nicht nur zur Kohleförderung oder für Unterwasserarbeiten einsetzbar sind, sondern z.B. Arbeiter am Hochofen entlasten könnten. Andere Technologien zur „Humanisierung des Lebens“ z.B. zur Energieeinsparung, zum Umwelt- und Unfallschutz und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung sollten ebenfalls besonders gefördert werden.

Der Bau und Betrieb von öffentlichen Ausbildungszentren zur breiten Qualifizierung der Jugend könnte ebenfalls in den Aufgabebereich der Eigengesellschaft fallen, die hier Know-how in bezug auf zukunftssträchtige Arbeitsfelder in die Ausbildungskonzeptionen einbringen könnte.

### 3.5 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik

Die bisher vorgetragenen Argumentationslinien begründen aus mehreren Blickwinkeln die Notwendigkeit einer offensiven regionalen Industriepolitik mit dem Hauptziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch wenn das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit nur auf Bundesebene wirklich lösbar erscheint (u.a. durch radikale Arbeitszeitverkürzungen) stellt sich doch die Frage nach dezentralen Ansatzpunkten — notwendige Umstrukturierungen müssen ohnehin betrieblich und regional umgesetzt werden.

Weil wir

- nicht auf die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ vertrauen
- uns eine regionalwirtschaftliche Einflußnahme auf Konzernentscheidungen durch staatliche Unternehmensbeteiligungen und den Druck der Arbeitnehmerschaft vorstellen können
- die zukünftige industrielle Produktion nach qualitativen Gesichtspunkten (gesellschaftlicher Nutzen der Produkte, Humanität und Umweltverträglichkeit der Produktion) steuern wollen,

fordern wir als Instrument der regionalen Strukturpolitik eine staatliche Eigengesellschaft mit der Aufgabe, gemeinsam mit einzelnen Unternehmen eine offensive Industriepolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur besseren Versorgung der Menschen zu konzipieren.

Ein Ausdruck eines solchen Ansatzes könnte die Gründung eines Bremer Zentrums für sanfte Energietechnologien sein. Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Zentrums sollte die (Weiter-)Entwicklung und Produktion von sanften Energietechnologien stehen; das bedeutet insbesondere die Herstellung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und der Windenergie sowie den Bau von Heizkraftwerken zur dezentralen Strom- und Wärmeversorgung. Für den Aufbau einer solchen Produktion gibt es reichhaltiges regionales Know how, das auszunutzen und weiter zu fördern wäre. Im Bereich der Solartechnologie hat ERNO ebenso Erfahrungen (aus der Weltraumfahrt) wie im Bereich der Windenergieanlagen, wo ERNO und die AG-Weser bereits den Windrotor 'Aeolus' produziert haben. Die Werften sind in der Lage, Heizkraftwerke zu bauen (siehe Blohm und Voss in Hamburg) und das Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit fördert bereits Projekte zur Nutzung der Biomasse in der „Dritten Welt“. Die Bremer Anteile an den Unternehmen VFW/MBB und Bremer Vulkan könnten von einer Bremer Eigengesellschaft zum Aufbau des Zentrums für sanfte Energietechnologien genutzt werden. Dieses Zentrum müßte sich verstärkt in die Förderprogramme des Bundes (BMFT) einklinken, könnte staatliche Unternehmenssubventionen produktiv zum Aufbau einer alternativen Fertigung nutzen und darüber hinaus eventuell Mittel der Bundesanstalt für Arbeit einsetzen (die sonst zur Finanzierung von arbeitslosen Metallarbeitnehmern auszugeben wären); darüberhinaus wäre zu prüfen, ob auf Forschungs-

---

aktivitäten und Know how aus der Universität und den Fachschulen zurückgegriffen werden kann.

Die Aktivitäten eines solchen Zentrums könnten den drohenden Arbeitsplatzverlusten insbesondere im Luftfahrzeug- und Schiffbau entgegenwirken und sich auf Aktivitäten der Belegschaften stützen; die bereits Arbeitskreise für eine alternative Fertigung gegründet haben.

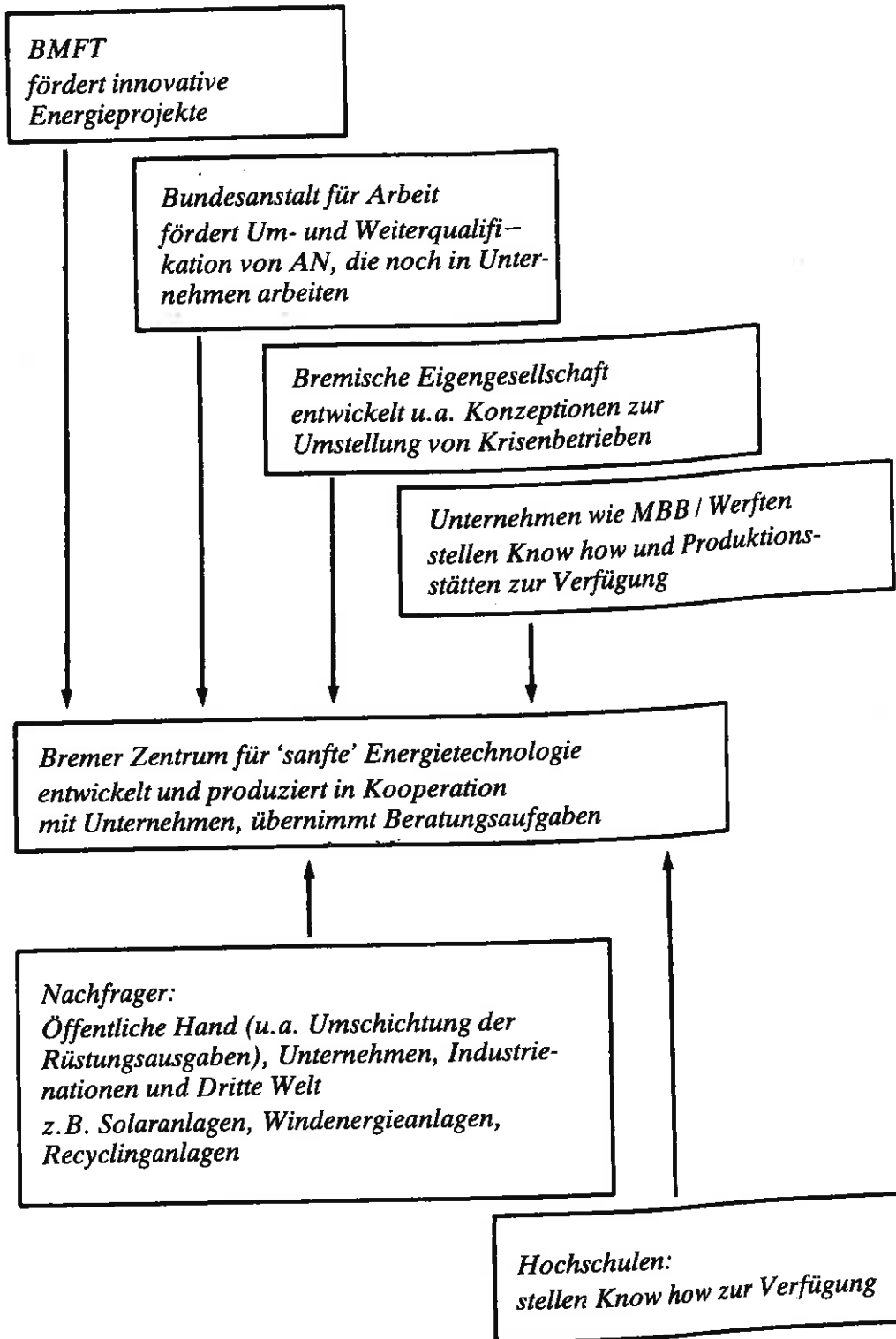
Das Bremer Zentrum für sanfte Energietechnologien wäre z.B. als kooperative Einrichtung zwischen VFW/MBB, Bremer Vulkan und der staatlichen Eigengesellschaft denkbar.

Zur Absicherung der Produktion würde eine staatliche Politik des Energiesparens beitragen, die die öffentliche Hand (zumindest zunächst) zu einem Hauptabnehmer der neuen Technologien macht: der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude im Lande Bremen mit Solarenergieanlagen und/oder erdgasgetriebenen Wärmepumpen können z.B. Bestandteil einer staatlichen Investitionspolitik sein, die gesellschaftliche Nützlichkeit, das Einsparen finanzieller Mittel und knapper Ressourcen und Beschäftigungswirkungen zugleich erzielt. Zur Durchsetzung eines solchen industriepolitischen Modells müssen unter Umständen auf Rüstungsaufträge fixierte Konzernspitzen durch politischen Druck (Eigentumsanteile, Aufträge) gebracht werden — man wird sich kaum auf den eigentlich zu erwartenden guten Willen aller Beteiligten allein verlassen können.

Die vorgetragenen Überlegungen skizzieren eine Idee und haben Modellcharakter — denkbar wäre zusätzlich z.B. ein „Bremer Zentrum für Meerestechnologie“; das Werftaktivitäten und Entwicklungen bei VFW/MBB (z.B. ferngesteuerte Unterwassergeräte, Roboter) verknüpft und die Erfahrungen der Meeres- und Polarforschung einbezieht.



## BREMER ZENTRUM FÜR 'SANFTE ENERGIETECHNOLOGIEN'



*Edgar Einemann · Edo Lübbing*

**ANDERS  
PRODUZIEREN**

*Alternative Strategien  
in Betrieb und Region*

---

## *Die Autoren*

*Edgar Einemann*, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., arbeitet seit 1975 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen.

1975-1980 Mitarbeit in einem industriesoziologischen Forschungsprojekt und in der Arbeiterbildung; 1980-1985 Arbeit im Arbeiterbildungs-Forschungsprojekt zu „Krise, Rationalisierung und Humanisierung“; zugleich Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen. Seit 1979 Mitglied der Kommission „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beim Bundesvorstand der Jungsozialisten.

*Edo Lübbing*, Betriebswirt grad., Dipl.-Ökonom, studierte nach dem Abschluß der Lehre als Groß- und Einzelhandelskaufmann und dem Besuch der Fachoberschule für Wirtschaft. 1978-1980 Angestellter in der Stabsabteilung Betriebswirtschaft eines Großbetriebes der Metallindustrie. 1981-1985 Arbeit im Projekt „Krise, Rationalisierung, Humanisierung“ des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen. Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen.

---

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

*Einemann, Edgar:*

Anders Produzieren: alternative Strategien  
in Betrieb und Region / Edgar Einemann;  
Edo Lübbing. — 1. Aufl. — Marburg: SP-Verlag,  
1985

ISBN 3-924800-33-2

NE: Lübbing, Edo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH  
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg  
3. Auflage, Marburg 1986  
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1985  
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Martin Kreutter (Foto), Beate Faßnacht  
(Satz und Grafik), Marburg

Satz: Reinhard Stang, Neue Pfälzer Post GmbH, Neustadt

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

Printed in Germany

ISBN 3-924800-33-2

---

---

# Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	9
I. Arbeit, Bewußtsein, Bildungsarbeit	13
1. Vorerst kein „Ende der Arbeitsgesellschaft“	13
1.1 Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich (13)	
1.2 Entwicklungstendenzen im Freizeitbereich (17)	
1.3 Politische und pädagogische Perspektiven (21)	
2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise	24
II. Betroffenenforschung für alternative Arbeitsbe- dingungen, Technologien und Produkte	41
1. Arbeitermedizin und Humanisierung 'von unten'	41
1.1 Arbeitsbedingungen und Humanisierungsinteres- sen (41) 1.2 Das Konzept einer „Humanisierung von unten“ (43) 1.3 Bildungsarbeit und Befragungsansatz (46) 1.4 Die Ergebnisse der Befragung (47) 1.5 Huma- nisierungsansätze (53) 1.6 Kooperations- und For- schungsperspektiven (55) 1.7 Forderungsschwer- punkte und Durchsetzungsstrategien zur Humanisie- rung der Arbeit (56)	
Dokument: Fragebogen Arbeitsbelastung	62
2. Rationalisierungsanalyse und Betroffenenforschung	65
2.1 Arbeiterbewegung und kapitalistische Rationali- sierung (65) 2.2 Indikatoren für die Rationalisierung- sanalyse (70) 2.3 Qualitative Ansätze zur Analyse be- trieblicher Rationalisierungsprozesse (75) 2.4 Arbeit- nehmerforschung als Bildungs- und Mobilisierungsin- strument (77)	
Dokument 1: Fragebogen Rationalisierung	80
Dokument 2: Bremer IG Metall zur Rationalisierung	90

3. Rüstungskonversion und Alternative Produktion als betriebliche und politische Strategie	95
3.1 Zur Notwendigkeit der Rüstungskonversion (95)	
3.2 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig (98)	
3.3 Rüstungsbeschäftigte für Alternative Produktion (101)	
3.4 Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie (114)	
3.5 Konversion als gesellschaftspolitische Strategie (117)	
3.6 Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion (121)	
Dokument: Fragebogen zur Alternativen Produktion	124
III. Alternative Regionalpolitik	128
1. Zum politischen Ansatz einer alternativen Strukturpolitik auf dezentraler Ebene	128
1.1 Unzureichende Antworten auf die politische Krise (128)	
1.2 Umriss einer Alternative (130)	
1.3 Kommunale und regionale Ansatzpunkte (132)	
2. Das Beispiel London: Mobilisierende Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	133
2.1 Der politische Ansatz (133)	
2.2 Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung (135)	
2.3 Das Frühwarnsystem (139)	
2.4 Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (140)	
2.5 Die Technologiennetze (142)	
2.6 Alternative dezentrale Energiepolitik (145)	
2.7 Der politische Kampf um London (147)	
3. Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion	149
3.1 Als Beispiel: Regionale Strukturkrise in Bremen (149)	
3.2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik (151)	
3.3 Ein Beispiel: Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden (153)	
3.4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft (154)	
3.5 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik (165)	

---

IV. Energiepolitik in der Bundesrepublik und Alternativen der regionalen Energieversorgung	169
1. Die Energieerzeugung und der Energieverbrauch in der Bundesrepublik	170
2. Energieprognosen	173
2.1 Die Prognosen der Bundesregierung und der Energieunternehmen (174)	
2.2 Die Prognosen des Öko-Instituts und der Kernenergie-Enquete-Kommission (176)	
3. Die Energiepolitik der Bundesregierung und die Chancen einer anderen Energieversorgung	180
3.1 Die Energiepolitik der Bundesregierung: Der harte Weg (180)	
3.2 Zur Kritik der Kernenergie (183)	
4. Für eine andere Energiepolitik: Der sanfte Weg	185
4.1 Das Kriterium Energieeinsparungen (186)	
4.2 Das Kriterium der Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen (188)	
4.3 Das Kriterium der Umweltschonung (189)	
4.4 Das Kriterium der sozialen Verträglichkeit (189)	
4.5 Voraussetzungen für den 'sanften' Weg (190)	
5. Konzepte zur städtischen Wärmeversorgung	191
5.1 Die Kraft-Wärme-Kopplung (193)	
5.2 Regionale Energiekonzepte (194)	
5.3 Dezentrale Energieversorgung (199)	
6. Energieversorgung und Arbeitsplätze	200
Dokument: Kleine Begriffserklärung	205
V. Anhang: Thesen zur Sozialistischen Wirtschaftspolitik	207
Literatur	215
Abkürzungen	228

## Literatur

- Abendroth, M.; Beckenbach, N.; Braun, S.; Dombois, R.: *Hafenarbeit*, Frankfurt 1979
- Adam, H.: *Bausteine der Volkswirtschaftslehre*, Köln 1982
- Adorno, Th. W.: *Kultur und Verwaltung*, in Horkheimer, M.; Adorno, Th. W.: *Sociologica II*, Frankfurt 1962
- AGAT, Arbeitsgruppe für angepaßte Technologie (Hrsg.): *Technik für den Menschen*, Frankfurt 1982
- Albrecht, U.; Lock, P.; Wulf, H.: *Arbeitsplätze durch Rüstung?*, Reinbek 1978
- Altmann, N.; Bechtle, G.; Lutz, B.: *Betrieb — Technik — Arbeit*, Frankfurt/München 1978
- Altmann, N.; Binkelman, P.; Düll, K.; Stück, H.: *Grenzen neuer Arbeitsformen*, Frankfurt/New York 1982
- Alt Vater, E.; Hoffmann, J.; Semmler, W.: *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*, Berlin 1979
- Amlung, W., u.a.: *Sozialistische Perspektiven. Für einen neuen programatischen Impuls. Positionsbestimmung undogmatischer Jungsozialisten*, Marburg 1984
- Arbeitskreis Alternativenergie Tübingen: *Alternatives Energiekonzept für die Stadt Tübingen*, Tübingen 1981
- Arndt, H.: *Arbeitslosigkeit und Inflation in der Weltwirtschaft*, in: Markmann, H.; Simmert, D.B. (Hrsg): *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Autorenkollektiv am Institut für Soziologie der FU Berlin: *Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter*, Frankfurt 1973
- Baethge, M.; Bauer, W.; Mohr, W.; Münch, J.; Schöll-Schwinghammer, I.; Schumann, M.: *Sozialpolitik und Arbeiterinteresse*, Frankfurt 1976
- Baethge, M.; Gerstenberger, F.; Kern, H.; Schumann, M.; Stein, H.W.; Wiennemann, E.: *Produktion und Qualifikation (Vorstudie)*, Berlin 1974
- Baethge, M.; Schumann, M.: *Legitimation und Staatsillusion im Bewußtsein der Arbeiter — Überlegungen zum Staatsverständnis der Arbeiter anläßlich einer empirischen Studie*, in: Osterland, M. (Hrsg) *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, Frankfurt 1975
- Balsen, W.; Nakielski, H.; Rössel, K.; Winkel, R.: *Die neue Armut; Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung*, Köln 1983
- Bechmann, G.; Vahrenkamp, R.; Wingert, B.: *Mechanisierung geistiger Arbeit*, Frankfurt/New York 1979



- Bechtle, G.: *Betrieb als Strategie — Theoretische Vorarbeiten zu einem Industriesoziologischen Konzept*, Frankfurt/München 1980
- Beckenbach, N.; Braczyk, H.-J.; Herkommer, S.; Malsch, Th.; Seltz, R.; Stück, H.: *Ingenieure und Techniker in der Industrie*, Frankfurt/Köln 1975
- Becker-Schmidt, R.; Knapp, G.-A.; Schmidt, B.: *Eines ist zu wenig — beides ist zuviel*, Bonn 1984
- Bell, D.: *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Reinbek 1979
- Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Berger, H.: *Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit*, Frankfurt 1974
- Berger, J.; Müller, J.; Pfriem, R. (Redaktion): *Kongreß Zukunft der Arbeit*, Materialband, Bielefeld 1982
- Bergmann, J.; Jacobi, O.; Müller-Jentsch, W.: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Köln 1975
- Bergmann, J.; Müller-Jentsch, W.: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Bd. 2; *Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre*, Frankfurt 1977
- Bettelhäuser, F.; Brock, A (Hrsg.): *Belastungen und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz*, Universität Bremen 1980
- Bierbaum, Chr.; Bischoff, J.; Eppenstein, D.; Herkommer, S.; Maldaner, K.; Martin, A.: *Bwußtsein der Lohnabhängigen 1975 / 76*, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft, Berlin 1976
- Bierbaum, Chr.; Bischoff, J.; Eppenstein, D.; Herkommer, S.; Maldaner, K.; Martin, A.: *Ende der Illusionen?*, Frankfurt/Köln 1977
- Bischoff, J.; Maldaner, K. (Hrsg.): *Kulturindustrie und Ideologie*, Teil 1, Hamburg 1980
- Bischoff, J.; Maldaner, K. (Hrsg.): *Kulturindustrie und Ideologie*, Teil 2, Hamburg 1982
- Bölsche, J. (Hrsg.): *Natur ohne Schutz*, Hamburg 1982
- Bosch, G.: *Arbeitsplatzverlust*, Frankfurt 1978
- Bossel, H.: *Kohle als Brücke zur sanften Energieversorgung*, in: Hatzfeld, H. u.a. (Hrsg.): *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Both, K.: *Stand und Entwicklung der Fernwärmeversorgung im Saarland*, in: Energie und Umwelt 82, VDI-Fachtagung, Saarbrücken 1983
- Bouwer, G.: *Eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer Umstellung von militärischer Produktion auf zivile unter besonderer Berücksichtigung der „Vereinigten Flugtechnischen Werke“ (VFW)*, Dissertation, Bremen 1981
- Bouwer, G.: *Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative*, Baden-Baden 1983
- Brammerts, H.; Gerlach, G.; Trautwein, N.: *Lernen in der Gewerkschaft*, Frankfurt/Köln 1976
- Brandt, G.; Kündig, B.; Papadimitriou, Z.; Thomae, J.: *Computer und Arbeitsprozeß*, Frankfurt 1978

- Brandt, G.: *Die Zukunft der Arbeit in der „nachindustriellen“ Gesellschaft*, Manuskript eines Vortrages am Wiener Institut für höhere Studien, 1980
- Brandt, W.: *Das Überleben sichern*, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980
- Braun, S.; Fuhrmann, J.: *Angestelltenmentalität*, Neuwied/Berlin 1970
- Briefs, U.: *Arbeiten ohne Sinn und Perspektive?*, Köln 1980
- Brock, A.: *Arbeiterbildung unter den Bedingungen des Kapitalismus*, herausgegeben von der Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen, 1980
- Brock, A.; Einemann, E.: *Lernen am Konflikt — Abbau von Arbeitsbelastungen durch Arbeiterbildung und Arbeiterforschung*, in: Görs D. (Hrsg.): *Arbeiten und Lernen*, München 1983
- Brock, A.; Funke, H.; Einemann, E.; Abholz, H.H.; Hoppensack, Th.: *Betriebliche Gesundheit und gewerkschaftliche Arbeit in einer norddeutschen Werft — Ansätze einer Arbeitermedizin in der BRD*, in: *Jahrbuch für kritische Medizin*, Band 6, Berlin 1980
- Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Bruns, Chr.; Conert, H.; Griesche, D.: *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag*, Frankfurt/New York 1980
- Brzoska, M.; Guha, A.A.; Willmann, Chr.: *Das Geschäft mit dem Tod*, Frankfurt 1982
- Bundesministerium für Wirtschaft: *Daten zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1982*, Bonn 1983
- Bundestags-Drucksache 9/1983: *Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung*
- Bundestags-Enquete-Kommission: *Zukünftige Kernenergie-Politik, Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages*, Teil II, Bonn 1980
- Burgdorff, S. (Hrsg.): *Wirtschaft im Untergrund*, Reinbek 1983
- Conert, H.: *Probleme und Grenzen der Verwirklichung der Negtschen Konzeption von Arbeiterbildung im gewerkschaftlichen Bereich*, in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Cooley, M.: *Computer Aided Design*, Stuttgart 1978
- Cooley, M.: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion*, Reinbek 1982
- Cooley, M.: *Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse. Das Modell Lucas Aerospace*, in: Duve, F. (Hrsg.): *Technologie und Politik 15*, Reinbek 1980
- Cooley, M.: *Technologie, Gewerkschaften und menschliche Bedürfnisse* (Hrsg.: Internationaler Metallgewerkschaftsbund), Genf 1984
- Dahrendorf, R.: *Die Chancen einer Krise*, Stuttgart 1983

- Dahrendorf, R.: *Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht*, in: Matthes, J. (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft?*, Frankfurt/New York 1983
- Deeke, A.: *Industriesoziologie als Gestaltungswissenschaft?*, in: Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hrsg.): *Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen*, Köln 1982
- Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten: *Arbeit und Umwelt: Argumente in der Umweltdiskussion*, Wiesbaden 1983
- Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: *Bericht der Arbeitsgruppen „Energie und Umwelt“*, A.K.Z. III R 8881, 42.1, veröffentlicht in: *Auf dem Weg zur Naturwirtschaft*, Schorndorf 1984
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): *Wochenbericht 21/84: Ausbau der Fernwärmeversorgung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht*
- Dörr, G.; Klauthke, R.: *Gesundheitsinteresse und Industriearbeit — Aspekte der italienischen Arbeitermedizin*, Berlin 1980 (Veröffentlichungsreihe des Internationalen Instituts für vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum Berlin)
- Duhm, R.; Hildebrandt, E.; Mückenberger, U.; Schmidt, E. (Hrsg.): *Wachstum alternativ*, Berlin 1983
- Dybowski, G.; Thomssen, W.: *Praxis und Weiterbildung*, Bremen 1982
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.: *Den Besitzstand sichern! Materialien zum Tarifkonflikt in der Metallindustrie Baden-Württembergs*, Frankfurt/New York 1979
- Eckart, Chr.; Herding, R.; Jaerisch, U.; Japp, K.; Kirchlechner, B.: *Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur marxischen Theorie 4*, Frankfurt 1975
- Einemann, E.: *Industriearbeiter in der Wirtschaftskrise. Zum Krisenbewußtsein von Werftarbeitern*, Universität Bremen 1982
- Einemann, E.; Lübbling, E.; Schürz, M.: *Ansatzpunkte einer Wirtschaftsstrukturpolitik für Bremen*, Universität Bremen 1981
- Einemann, E.; Lübbling, E.; Manske, F.; Schürz, M.: *Rationalisierung, Mikroelektronik und Humanisierung*, Universität Bremen 1982
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion*, Universität Bremen 1983
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Politische Alternativen in London. Beispielhafte Ansätze einer mobilisierenden Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, Universität Bremen, 1984 a
- Einemann, E.; Lübbling, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Universität Bremen 1984 b
- Engels, F.: *Die wirklichen Ursachen der verhältnismäßigen Inaktivität der französischen Proletarier im vergangenen Dezember (21. Febr. 1852)*, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 8, Berlin 1962 f
- Eppler, E.: *Wege aus der Gefahr*, Hamburg 1981
- Esser, J.; Fach, W.: *Gewerkschaften als Säule im 'Modell Deutschland'?*, in:

- Jacobi, O.; Schmidt, E.; Müller-Jentsch, W. (Hrsg.): *Moderne Zeiten — alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81*, Berlin 1980
- Esser, J.; Fach, W.; Gierszewski, G.; Väth, W.: *Krisenregulierung — Mechanismen und Voraussetzungen*, in: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Jahrg. 7 (1979), Heft 1
- Esser, J.; Fach, W.; Väth, W.: *Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential — Die Krise der saarländischen Stahlindustrie*, in: *Prokla Heft 31*, 8. Jahrgang 1978, Nr. 2, Berlin 1978
- Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI): *Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion*, Brüssel 1983
- Fischer, J.; Ladewig, L.; Einemann, E.; Lübbling, E.: *Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung*, Universität Bremen 1984
- Flatow, S. von; Huisken, F.: *Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 7, Berlin 1973
- Fricke, E.; Fricke, W.; Schönwälder, M.; Stiegler, B.: *Qualifikation und Beteiligung. „Das Peiner Modell“*. Frankfurt/New York 1981
- Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hrsg.): *Beiteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen*, Köln 1982
- Friedrichs, G.; Schaff, A. (Hrsg.): *Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rom*, Wien 1982
- Fromm, E.: *Sein und Haben*, München 1979
- Funke, H.; Geißler, B.; Thoma, P. (Redaktion): *Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß*, Frankfurt/Köln 1974
- Garnreiter, F. u.a.: *Auswirkungen verstärkter Maßnahmen zum rationellen Energieeinsatz auf Umwelt, Beschäftigung und Einkommen*, Berlin 1983
- Gewos: *Bestandaufnahme zum Beschäftigungsprogramm Küste*, Hamburg 1984
- Gewos: *Der Ausbau von Fernwärmenetzen und seine Wirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung*, Hamburg 1983
- Global Future: *Es ist Zeit zu Handeln*, Freiburg 1981
- Global 2000: *Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt 1980
- Glötz, P.: *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin 1984
- Görs, D.: *Zur politischen Kontroverse um den Bildungsurlaub*, Köln 1978
- Goldthorpe, J.H.; Lockwood, D.; Bechhofer, F.; Platt, J.: *Der „wohlhabende“ Arbeiter in England*, Bd. 1: Industrielles Verhalten und Gesellschaft, München 1970
- Gorz, A.: *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt 1980
- Grabbe, H.: *Kritik der kritischen Freizeitpädagogik*, in: *Neue Praxis* 1/82, Neuwied 1982
- Granados, G.; Gurgsdies, E.: *Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie*, Bonn 1982
- Grauhan, R.R.: *Grenzen des Fortschritts?* München 1975
- Haak, D.: *Studie zur Energieeinsparung und Ölverdrängung durch den Ausbau der Fernwärme*, in: FR 2.6.1981

- Habermas, J.: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973
- Habermas, J.: *Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit (1958)*, in Habermas, J.: *Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt*, Amsterdam 1970
- Habermas, J.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt/Neuwied 1962
- Habermas, J.: *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*, Frankfurt 1968
- Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt 1981
- Hansestadt Hamburg, Pressestelle: Senator Kuhbier, *Kostenstruktur der Energiewirtschaft ist eine Folge langjähriger energiepolitischer Entscheidungen*, 14.2.1984
- Hartmann, H.: *Armutsforschung in der Bundesrepublik*, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 11/83
- Hatzfeld, H.: *Wem gehört der Wärmemarkt?* in: Hatzfeld, H. u.a.: *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Hauchler, I.: *Defensive als Prinzip*, in: *Sozialismus* Nr. 11/84, Hamburg 1984
- Hauser, R. u.a.: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1981
- Hauff, V.; Scharpf, F.W.: *Modernisierung der Volkswirtschaft*, Frankfurt/Köln 1975
- Helfert, M.: *Indikatoren für Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik*, in: Vorstand der IG Metall, *Krise und Reform in der Industriegesellschaft*, Frankfurt/Köln 1976
- Hennicke, P.: *Möglichkeiten und Grenzen der Energieeinsparung im Rahmen regionaler Energiekonzepte*, WSI-Mitteilungen 11/83, Düsseldorf 1983
- Herkommer, S.: *Vom Elend der Industriesoziologie*, in: *Sozialistische Politik*, 4. Jahrgang, Nr. 16, 1972
- Herkommer, S.; Bischoff, J. u.a.: *Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften*, Hamburg 1979
- Herkommer, S.; Bischoff, J.; Maldaner, K.: *Alltag, Bewußtsein, Klassen*, Hamburg 1984
- Heseler, H.: *Technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation und Kapitalentwertung*, Frankfurt/New York 1980
- Heseler, H.; Ortlieb, F.: *Ökonomische Gründe für technische und arbeitsorganisatorische Veränderungen im Schiffsbau in der Bundesrepublik Deutschland*, Manuskript Bremen 1978
- Hildebrandt, E.: *Feuern ohne zu heuern. Betriebs- und Personalpolitik in der Krise am Beispiel der Automobilindustrie*, in: *Prokla-Heft* 26, 6. Jahrgang 1977, Nr 1, Berlin 1977
- Hildebrandt, E.; Penth, B.: *Der „Corporate Plan“ von Lucas Aerospace — eine englische Arbeiterinitiative*, Berlin 1982
- Hindrichs, W.: *Betriebsnahe gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, in Görts, D. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, München-Wien-Baltimore 1982
- Hindrichs, W.; Holzapfel, G.; Körber, K.; Thomssen, W.: *Bestandsaufnahme*

- der politischen Arbeiterbildung im Bildungsurlaub der Länder Bremen und Niedersachsen*, Universität Bremen 1984
- Hirsch, F.: *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Hamburg 1980
- Hoffmann, H. (Hrsg.): *Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik*, Frankfurt 1974
- Hopf, Chr.; Hopf, W.: *Gleichgültigkeit und Identifikation als Kategorien der Analyse von Klassenbewußtsein*, in: *Prokla-Heft 22*, 6. Jahrgang, 1976, Nr. 1, Berlin 1976
- Huber, J.: *Anders arbeiten — anders wirtschaften* Frankfurt 1979
- Huber, J.: *Die zwei Gesichter der Arbeit*, Frankfurt 1984
- Huffschmidt, J.: *Für den Frieden produzieren*, Köln 1981
- Huffschmidt, J.: *Rüstungs- oder Sozialstaat?*, Köln 1981
- Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.: *Ifo-Schnelldienst 17-18/82*, München 1982
- IG Metall: *Arbeit für die Küste*. Papier der IG Metall-Bezirksleitung Hamburg für die beschäftigungspolitische Konferenz der IG Metall am 24. Jan. 1984 in Hamburg
- IG Metall: *„Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht“*. *Rationalisierung der Metallwirtschaft*, Frankfurt 1983
- IG Metall (Hrsg.): *Werktage werden besser*, Köln 1977
- Illich, I.: *Fortschrittsmythen*, Reinbek 1983
- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P.F.; Zeisel, H.: *Die Arbeitslosen von Mariental*, Frankfurt 1975 (Leipzig 1933)
- Jahoda, M.: *Wieviel Arbeit braucht der Mensch?* Weinheim/Basel 1983
- Jungsozialisten: *Die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Wirtschafts- und sozialpolitisches Grundsatzprogramm der Jungsozialisten*, in: *Sozialistische Tribüne*, Sonderausgabe 2, Bonn 1981
- Kalmbach, P.: *Beschäftigungssicherung durch „Modernisierung der Wirtschaft“?* in: Markmann, H.; Simmert, D.B. (Hrsg.): *Krise der Wirtschaftspolitik*, Köln 1978
- Kalmbach, P.; Kasiske, R.; Manske, F.; Mickler, O.; Pelull, W.; Wobbe, W.: *Bedingungen und soziale Folgen des Einsatzes von Industrierobotern*, Bremen 1980
- Karweina, G.: *Der Megawatt-Clan*, Hamburg 1981
- Karweina, G.: *Der Strom-Staat*, Hamburg 1984
- Katterle, S.; Krahn, K. (Hrsg.): *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*, Köln 1980
- Katterle, S.; Krahn, K. (Hrsg.): *Arbeitnehmer und Hochschulforschung*, Köln 1981
- Kern, H.; Schumann, M.: *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Frankfurt 1970
- Kern, H.; Schumann, M.: *Zum politischen Verhaltenspotential der Arbeiterklasse*, in: Meschkat, K.; Negt, O. (Hrsg.): *Gesellschaftsstrukturen*, Frankfurt 1973
- Kern, H.; Schumann, M.: *Kurzbezeichnung des Vorhabens: Rationalisierung*

- und Arbeiterverhalten. Eine Folgestudie zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Manuskript 1980
- Kern, H.; Schumann, M.: *Industriearbeit im Umbruch — Versuch einer Voraussage*, Manuskript des Vortrages auf dem 22. deutschen Soziologentag am 11.10.1984 in Dortmund
- Kern, H.; Schumann, M.: *Das Ende der Arbeitsteilung?* München 1984
- Klages, H.; Kmiecziak, P. (Hrsg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt/New York 1979
- Klauder, W.: *Zu den Arbeitsmarktauswirkungen unterschiedlicher Energiestrukturen*, in: MittA.B. 1/80, Nürnberg 1980
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften e.V., *Reihe Energie Nr. 4*, Brüssel 1979
- Krause, F.: *Daten und Fakten zur Energiewende, Technische Berichte zur Energiestudie*, Teile 1-5, Freiburg 1981
- Krüger, H.; Müller, W.: *So lernt man in der Gewerkschaft?* in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Kubach, N.; Mantz, R.; Wittemann, K.P.: *In den Fesseln der betrieblichen Krisenpolitik — Zur Krisenreaktion von Metallarbeitern*, in: *SOFI-Mitteilungen Nr. 10*, November 1984, Göttingen 1984
- Kuda, R.: *Tarifpolitik und Beschäftigungskrise*, in: *WSI-Mitteilungen Nr. 4/1980*, Köln 1980
- Kudera, W.; Mangold, W.; Ruff, K.; Schmidt, R.; Wentzke, Th.: *Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern*, Frankfurt 1979
- Küchle, H.; Jordan, R.: *Investitionsentwicklung und Krise 1974/75*, in: *WSI-Mitteilungen 12/77*
- Kuhbier, J.: *Ein regionales Energie- und Recycling-Konzept*, in: Einemann, E.; Lübbing, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Bremen 1984
- Lees, R.; Smith, G.: *Action-Research in Community Development*, London 1975
- Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: *Lenin-Werke*, Bd. 22, Berlin 1960
- Leonhardt, W.: *Das örtliche Versorgungskonzept der Landeshauptstadt Saarbrücken 1980-1995*, in: *Energie und Umwelt 82*, VDI-Fachtagung, Saarbrücken 1983
- Leonhardt, W.: *Örtliches Versorgungskonzept Saarbrücken — Ein Modell für Bremen?* in: Einemann, E.; Lübbing, E.: *Neue Arbeitsplätze durch eine alternative Energieversorgung?*, Bremen 1984
- Lichte, R.: *Betriebsalltag von Industriearbeitern*, Frankfurt 1978
- Löw-Beer, P.: *Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace*, Berlin 1981
- Lovins, A.B.: *Sanfte Energie*, Hamburg 1978
- Lukács, G.: *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923 (Nachdruck Amsterdam 1967)
- Lutz, B.; Schidt, G.: *Industriesozioologie*, in König, R.: *Handbuch der empiri-*

- schen Sozialforschung*, Bd. 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel, Stuttgart 1977
- Mahnkopf, B.: *Das kulturtheoretische Defizit industriesoziologischer Forschung*, in: *Prokla-Heft 46*, 12. Jahrg. 1982, Nr. 1
- Maire, E.: *Arbeiterbewegung und Krisenideologie*, in: *Prokla*, 10. Jahrg. 1980, Nr. 4, Heft 41, Berlin 1980
- Markert, W.: *Abschied vom Klassenbewußtsein?* in: Görs, D. (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit*, München/Wien/Baltimore 1982
- Marstedt, G.; Mergner, O.: *Erfassung artikulierter Beanspruchung — Ein Weg aus theoretischen und methodischen Defiziten arbeits- und industriesoziologischer Belastungsforschung?* in: Schmidt, G.; Brazyk, H.-J.; Knesebeck, J.: *Materialien zur Industriosozologie*, Sonderheft 24/1982 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1982
- Marx, K.: *Das Kapital*, Marx-Engels-Werke, Bd. 23-25, Berlin 1962 f
- Marx, K.; Engels, F.: *Revue. Mai-Okt. 1950*, in Marx-Engels-Werke, Bd. 7, Berlin 1962 f
- Matthöfer, H.: *Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsarbeit der IG Metall*, Papier der Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1961
- Matthöfer, H.: *Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsarbeit der IG Metall*, Papier der Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt 1965
- Mayr, H.; Janßen, H. (Hrsg.): *Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung*, Köln 1984
- McRobie, G.: *Small is possible*, London 1981
- Meadows, D.; Meadows, D.; Zahn, E.; Milling, P.: *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1972
- Memorandum 82: *Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung — Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik*, Köln 1983
- Mendius, H.-G.; Sengenberger, W.; Lutz, B.; Altmann, N.; Böhle, F.; Asendorf-Krings, I.; Drexel, I.; Nuber, Chr.: *Betrieb — Arbeitsmarkt — Qualifikation I*, Frankfurt 1976
- Meyer-Abich u.a.: *Energie-Sparen: Die neue Energiequelle*, Frankfurt 1983
- Michelsen, G. (Hrsg.): *Der Fischer-Öko-Almanach 84/85*, Frankfurt 1984
- Mickler, O.: *Facharbeit im Wandel. Rationalisierung im industriellen Produktionsprozeß*, Frankfurt/New York 1981
- Mickler, O.; Dittrich, E.; Neumann, U.: *Technik, Arbeitsorganisation und Arbeit*, Frankfurt 1976
- Mickler, O.; Mohr, W.; Kadritzke, U.: *Produktion und Qualifikation — Hauptstudie*, Band I und II, Göttingen 1977
- Miliband, R.: *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*, Frankfurt 1972
- Müller, H.D. u.a.: „Live“ dabei, wenn es vor der Haustür spannend wird. Das „vierte Programm“: Fernsehen selber machen — nicht nur in die Röh-



- re gucken*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 29.3.1980
- Müller, K.R.: ...*da könnt ihr garnichts machen! EDV und Rationalisierung in einem Betrieb*. Eine Fallstudie, Stuttgart 1981
- Müller-Jentsch, W.: *Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978*, in: Bergmann, J. (Hrsg.): *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, Frankfurt 1979
- Nauck, B.: *Konkurrierende Freizeitdefinition und ihre Auswirkungen auf die Forschungspraxis der Freizeitsoziologie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1983, 274 ff
- Negt, O.: *Marxismus und Arbeiterbildung — Kritische Anmerkung zu meinen Kritikern*, in: Brock, A.; Müller, H.D.; Negt, O. (Hrsg.): *Arbeiterbildung*, Reinbek 1978
- Negt, O.: *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*, Frankfurt 1975
- Negt, O.; Kluge, A.: *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt 1972
- Negt, O.: *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, Frankfurt 1984
- Novy, K.: *Strategien der Sozialisierung*, Frankfurt/New York 1978
- Novy, K.: *Vorwärts oder rückwärts?* in Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- O'Connor, J.: *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt 1974
- OECD-Report: *Die Zukunftschancen der Industrienationen*, Frankfurt/New York 1981
- Öko-Institut: *Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl*, Freiburg 1982, 6. Auflage
- Oertzen, P. von: *Für einen neuen Reformismus*, Hamburg 1984
- Offe, C.: *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme*, in: Kress, G.; Senghaas, D. (Hrsg.): *Politwissenschaft*, Frankfurt 1969
- Offe, C.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972
- Offe, C.; Hinrichs, K.; Wiesenthal, H. (Hrsg.): *Arbeitszeitpolitik, Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit*, Frankfurt/New York 1982
- Ohne Angabe: *The Association for the Conservation of Energy: Jobs and Energy Conservation*, February 1983, London
- Opaschowski, H.W.: *Arbeit — Freizeit — Lebenssinn?* Opladen 1983
- Osterland, M.: *Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern*, in: Osterland, M. (Hrsg.): *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential*, Frankfurt/Köln 1975
- Palme-Bericht: *Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit*, Berlin 1982
- P.C.I. (Partito Comunista Italiano): *Der kommunistische Vorschlag, Entwurf eines Programms zur Umgestaltung Italiens*, Hamburg 1978
- Pöhler, W. (Hrsg.): *...damit die Arbeit menschlicher wird. Fünf Jahre Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens*, Bonn 1979
- Pösel, A.: *Werkbericht zum Wärmeversorgungskonzept*, Bremen 1983

- Popitz, H.; Bahrdt, H.P.; Jüres, E.A.; Kesting, H.: *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*, Tübingen 1957
- Poulantzas, N.: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt 1974
- Prinz, W.: *Das Flensburger Energiekonzept*, in: *Fernwärme international*, Sonderdruck Nr. 31 17
- Prinz, W.: *Das Modell Flensburg*, in: Hatzfeld, H. u.a. (Hrsg.): *Kohle-Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung*, Frankfurt 1982
- Projekt Klassenanalyse: *Zur Taktik der proletarischen Partei*, Berlin 1972 (a)
- Projekt Klassenanalyse: *Klassenbewußtsein und Partei*, Berlin 1972 (b)
- Projekt Klassenanalyse: *Leninismus — Neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?* Berlin 1972 (c)
- Projekt Klassenanalyse: *Materialien zur Klassenstruktur der BRD*, Bd. 1 und 2, Berlin 1973 und 1974
- Projekt Klassenanalyse: *Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950-1975*, Berlin 1976
- Projektgruppe Automation und Qualifikation: *Automation in der BRD*, Berlin 1975
- Prokla: *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik*, Heft Nr. 36, (9. Jahrgang 1979, Nr. 3): *Krise des Marxismus?* Berlin 1979
- Quaderni Rossi: *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*, München 1972
- Raschke, J.: *Innerparteiliche Opposition*, Hamburg 1974
- Redaktion der Prokla: *'Modell Deutschland' — Anatomie und Alternativen*, in: *Prokla-Heft 40*, 10. Jahrgang 1980, Nr. 3, Berlin 1980
- Redaktionskollektiv Klassenanalyse: *Notizen zur Klassenanalyse der BRD durch das Projekt Klassenanalyse*, in: *Prokla 17/18*, 5. Jahrgang, Nr. 1/75, Berlin 1975
- Reich, W.: *Massenpsychologie des Faschismus*, o.O. 1933
- Riegert, B.: *Gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekte der energiepolitischen Positionen des DGB*, in: *Sozialer Fortschritt* 12/80
- Rinderspacher, J.: *Gesellschaft ohne Zeit?* in: Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Rodberg, L.S.: *Beschäftigungswirkungen beim Übergang zu einer alternativen Energiestruktur*, in *MittA.B.* 1/80, Nürnberg 1980
- Rolff, H.G.; Baer, U.; Hänsel, D.; Heidenreich, F.; Lotz, H.; Neander, J.; Nyssen, E.; Tillmann, K.-J.: *Strategisches Lernen in der Gesamtschule*, Reinbek 1974
- Sackers, R.: *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der 'Krise'*, Diplomarbeit im integrierten Studiengang Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Wuppertal, Wuppertal 1981
- Scheuch, E.K.: *Soziologie der Freizeit*, in: König, R. (Hrsg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Band 11, Stuttgart 1977
- Schmors, U.: *Wir wollen sichere Arbeitsplätze und sinnvolle Arbeit*, in: Berger, J.; Müller, J.; Priem, R.; (Redaktion): *Kongreß Zukunft der Ar*

- beit, Materialband, Bielefeld 1982
- Schütt, B.: *Die Suche nach sicheren Arbeitsplätzen und sinnvoller Arbeit*, in: *Die Mitbestimmung*, 28. Jahrgang, Nr. 12/82, Düsseldorf 1982
- Schumacher, E.F.: *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small is beautiful“*, Reinbek 1977
- Schumann, M.: *Zum Krisenbewußtsein der Arbeiter*, in: *Probleme des Klassenkampfes* Nr. 53/1983 13. Jahrgang 1983 Nr. 4, Berlin 1983
- Schumann, M.; Einemann, E.; Siebel-Rebell, Chr.; Wittemann, K.P.: *Rationalisierung, Krise, Arbeiter*, Frankfurt 1982
- Schumann, M.; Einemann, E.; Siebel-Rebell, Chr.; Wittemann, K.P.: *Der wohlbegründete arbeitspolitische Konservatismus der Arbeiter*, in: *Materialien zur politischen Bildung* Nr. 3/1982, Leverkusen 1982 b
- Schumann, M.; Gerlach, F.; Gschlößel, A.; Milhofer, P.: *Am Beispiel der Septemberstreiks — Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?* Frankfurt 1971
- Seyfried, K.H.: *Lange Leitung*, Capital 4/84
- Siebert, H. (Hrsg.): *Bildungsurlaub — Eine Zwischenbilanz*, Düsseldorf
- Sinus-Studie: *5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben...“*, Reinbek 1981
- Spiegel-Verlagsreihe „Märkte im Wandel“, Bd. 11: *Freizeitverhalten*, Hamburg 1983
- Spielhofer, L.: *Am Stromverbrauch zügig vorbeigeschätzt*, FR vom 12.10.1983
- Spitzley, H.: *Energiesparen als Beschäftigungspolitik*, Berlin 1983
- Stadtwerke Bremen AG: *Geschäftsberichte*, verschiedene Jahrgänge
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Datenreport*, Bonn 1983
- Strasser, J.: *Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise*, Köln/Frankfurt 1979
- Strasser, J.; Traube, K.: *Die Zukunft des Fortschritts*, Bonn 1981
- Ströbele, W.: *Zehn Jahre nach der Ölpreiskrise*, in: *WSI-Mitteilungen* 11/83, Köln 1983
- Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW: *Technik und Gesellschaft*, Heft 3; *Wirbelschichtbefeuerung, Kohlevorrangspolitik in sauberer Umwelt*, Oberhausen 1984
- Teriet, B.: *Die Wiedergewinnung der Zeitsouveränität*, in: Duve, F. (Hrsg.): *Technologie und Politik*, Band 8, Reinbek 1977
- Traube, K.: *Drei neue Atomkraftwerke pro Jahr?* Spiegel Nr. 49/81, Hamburg 1981
- Traube, K.; Ullrich, O.: *Billiger Atomstrom?* Reinbek 1982
- Uhlmann, L.; Huber, G.: *Technischer und struktureller Wandel in der wachsenden Wirtschaft*, Frankfurt 1971
- Ullrich, O.: *Warum keiner auf den sanften Weg gehen will*, Frankfurter Rundschau vom 17.4.1984
- Ullrich, O.: *Technik und Herrschaft*, Frankfurt 1979
- Viefhues, D.: *Zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Techniken der Energieversorgung*, Öko-Mitteilungen 2/84

- Viefhues, D. u.a.: *Zur Wirtschaftlichkeit der Atomenergie*, Öko-Mitteilungen 2/82
- Volmberg, B.; Senghaas-Knobloch, E.; Leithäuser, Th.; *Erlebnisperspektiven und Humanisierungsbarrieren im Betrieb*, Bremen 1983
- Vonderach, G.: *Eigeninitiativen — Beginn einer „kulturellen Mutation“?* in: Benseler, F.; Heinze, R.G.; Klönne, A. (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- Wainwright, H.; Elliot, D.: *The Lucas Plan*, London/New York 1982
- Wallraff, G.: *Industriereportagen. Als Arbeiter in deutschen Großbetrieben*, Reinbeck 1970
- Ward, M.: *Job Creation by the Council*, IWS Pamphlet No. 78, Nottingham 1981
- Weizenbaum, J.: *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*, Frankfurt 1977
- Wellmann, Ch.: *Lucas Aerospace: Eine Alternativ-Planstrategie zwischen Mythos und Realität*, Berlin 1982
- Welsch, J.: *Erfolgsvoraussetzungen wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte*, in: Meißner, W.; Kosta, J.; Welsch, J. (Hrsg.): *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt 1981
- Wintersberger, H.: *Arbeitsmedizin in Italien*, Wien 1981 (Veröffentlichungsreihe des intern. Instituts für vergleichende Gesellschaftsforschung, Wissenschaftszentrum, Berlin)
- WSI-Mitteilungen Nr. 9/84*, Köln 1984
- Zeuner, B.: „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: *Prokla-Heft 26*, 6. Jahrgang, 1976, Nr. 1, Berlin 1977
- Zinn, K.G.: *Investitionslenkung und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung*, in: (Hrsg.): Meißner, W.; Kosta, J.; Welsch, J.: *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt 1981
- Zoll, R. (Hrsg.): *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Köln 1981
- Zoll, R.; Braune, H.H.; Bents, H.; Geissler, B.; Neumann, E.; Volz, R.: *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Zwischenbericht 1980/81, in: *Universität Bremen, Forschungsschwerpunkt: Reproduktionsrisiken, Soziale Bewegungen und Sozialpolitik*, Zwischenbericht, Nov. 1980
- Zoll, R. (Hrsg.): *Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen!* Köln 1984
- Zoll, R. (Hrsg.): *Hauptsache, ich habe meine Arbeit*, Frankfurt 1984